:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 13.2.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Falsche Friedensfreunde

VLOTHO. „Niemand besser als das deutsche Volk“ kenne „die Schrecken eines Bombenkrieges“ heißt es in einer Petition gegen eine „deutsche Kriegsbeteiligung im Irak“, die von einer Gruppe unter dem Namen „Frauen für Frieden“ initiiert worden ist. Die Unterschriftenlisten, die an den „grünen“ Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele geschickt werden sollen, können bei der Mitinitiatorin Ursula Haverbeck in Vlotho angefordert werden. Haverbeck war Präsidentin des unlängst aufgelösten neofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) und ist die Witwe des Anthroposophen Werner Georg Haverbeck (1909-1999), einem ehemaligen Mitglied der Reichsleitung des NS-Studentenbundes und Mitbegründer des Vlothoer Schulungszentrums „Collegium Humanum“, in dem sich neben dem „WSL“ auch schon militante Neonazis treffen konnten. Herunterladen kann man die Petition, so das Flugblatt der „Frauen für Frieden“, auch über das Internet: Auf den Webseiten der Zeitschrift „Signal“ (früher „Europa Vorn“) des Manfred Rouhs, der nach seinen Aktivitäten bei JN/NPD, „Republikanern“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ nun bei der neofaschistischen „Bürgerbewegung Pro Köln“ tätig ist. Mitunterzeichnerinnen der Petition sind Sabine Crone aus Nienstädt, Referentin im „Collegium Humanum“ und beim „Arbeitskreis für deutsche Dichtung“, Gerda Forster aus Bochum und die Professorin Dr. Helga Lemke aus Hannover.

Ein weiterer Friedensbewegter stellt sich als Interviewpartner der „Deutschen National-Zeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey zur Verfügung: Dr. Franz Alt. Der „Lebensschützer“, „Junge Freiheit“-Autor und Moderator des 3sat-Magazins „Grenzenlos“ tritt dort gegen eine drohende US-Invasion im Irak auf und wirbt für sein neues Buch, das im Riemann-Verlag erschienen ist. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Referat von Bernhard Schmid „Die extreme Rechte in Frankreich und Europa“ . . . . S. 8 -13

Zehntausende demonstrierten am 7. und 8.2. gegen die in München tagenden Nato-Kriegsstrategen

Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 am13.2.03:

Ordungsamt verbietet Kundgebung und arrangiert sich mit Neonazidemo

Die Stadt Dresden hat eine Allgemeinverfügung erlassen, die am 13. Februar außer der Gedenkveranstaltung vor der Frauenkirche keine Versammlung im unmittelbaren Innenstadtbereich zulässt. Betroffen ist vor allem eine am Neumarkt angemeldete Kundgebung der „Initiative gegen Geschichtsrevisionismus“, die nun aufgrund der Allgemeinverfügung untersagt wurde. Dagegen kann – wie die Jahre zuvor – die Demonstration der neonazistischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, die in enger Kooperation mit den Betreibern des „Klub Thor“ veranstaltet wird, ohne wesentliche Beeinträchtigung stattfinden.

Geschützt werden soll durch die Allgemeinverfügung das Recht auf „ungestörte Teilnahme an der Gedenkveranstaltung“. Dieses soll angeblich nicht von öffentlicher Meinungskundgabe geprägt sondern Religionsausübung sein. Der Stellenwert eines „hohen Gedenktages“ gebiete den Schutz. Dass es einen solchen offiziellen Gedenktag nicht gibt, wird ignoriert. Dass dieser in einer öffentlichen Diskussion auf Widerstand stoßen würde, zeigen zahlreiche kritische Rezensionen des Buches „Der Brand“ von Jörg Friedrich.

Dass die Gedenkfeierlichkeiten nie reine religiöse Veranstaltungen waren, dass sie schon immer politische Ziele, sowohl in der Frage der Geschichtsinterpretation als auch in Bezug auf gegenwärtige politische Konflikte, verfolgten, wird außen vor gelassen. Mit kaum verhohlenem Stolz verweist die Stadt Dresden darauf, dass sie mit der Allgemeinverfügung einen von fast allen akzeptierten Kompromiss gefunden hätte und meint damit vor allem das geglückte Arrangement mit den Neo-Nazis. Der jährlich von diesen genutzte Bereich am Terrassenufer wird von dem Verbotsbereich ausgenommen. Zur Frauenkirche gehen diese dann ohne Fahnen und Transparente und demonstrieren so ihre Einigkeit mit dem gemeinen Bürger.

Dass die „Initiative gegen Geschichtsrevisionismus“ genau diesen Konsens angreifen will und auf der Durchführung ihrer Kundgebung am Neumarkt besteht, sorgt in der Stadt für Aufregung. Offenbar im Bewusstsein der fragwürdigen juristischen Haltbarkeit ihrer Verfügung versuchen Mitarbeiter des Ordnungsamtes auf die Initiative Einfluss zu nehmen, von einer Klage gegen die Allgemeinverfügung Abstand zu nehmen. Ihr Argument: Dann könnte auch die JLO bis an die Frauenkirche marschieren.

Abseits all dieser juristischen Überlegungen ist jedoch zu erwarten, dass sich, ob nun mit oder ohne Versammlungsverbote, die Kritik an der Pflege eines deutschen Opfermythos nicht so ohne weiteres verbieten lassen wird. Unabhängig von der Kundgebung ruft ein „Karnevalskomitee gegen Deutschtümelei“ dazu auf, inmitten des Dunstes von Betroffenheitsgetaumel und deutschen Selbstmitleids die Niederlage Nazi-Deutschlands zu feiern. ■

Infos: http://venceremos.antifa.net

Krieger-Nachwuchs feiert

SCHEINFELD/MITTELFRANKEN. Der nicht nur finanziell vom „Verband Deutscher Soldaten“ (VdS) unterstützte „Deutscher Jugendbund Steuben e.V.“ will aus Anlass seines 50jährigen Bestehens am 24. und 25. Mai im mittelfränkischen Scheinfeld eine große Jubiläumsveranstaltung durchführen. Der von Karl-Heinz Gisbertz (Ohrenbach) geleitete Verband, der nach dem deutsch-amerikanischen General Friedrich Wilhelm von Steuben (1730-1794) benannt ist, plant u.a. einen Festabend in der Scheinfelder Stadthalle und einen von ca. 35 Vereinen unterstützten Festumzug mit „Musik- und Spielmannszügen“ durch die Stadt. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung soll von dem Landrat des Landkreises Neustadt/Aisch - Bad Windsheim übernommen werden. Zum Vorstands-Referenten „für Gemeinschaftsveranstaltungen“ des „Deutschen Jugendbund Steuben“ wurde auf der letzten Bundesdelegiertenversammlung der Remagener Klaus Ruhmann gewählt. Ruhmann ist Major der Reserve und aktiv beim „Verband Deutscher Soldaten“ (VdS). *hma* ■

Mythen in Tüten

WASCHLEITHE/ERZGEBIRGE. Die einst unter dem Namen „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V./ Herman-Wirth-Gesellschaft“ gegründete „Ur-Europa e.V. Gemeinnützige Gesellschaft für europäische Urgeschichte“ führt ihr nächstes „Arbeitsseminar“ vom 4. bis 7. April erneut im „Hollandheim“ des „Deutschen Familienverbandes“ Kreisverband Aue-Schwarzenberg durch. Das diesjährige Thema „Symbole und Mythen“ solle „allen Teilnehmern Wissen und Klarheit verschaffen über grundlegende Erkenntnisse der Ur-Geistesgeschichte, wie sie vom Gründer unserer Gesellschaft, Prof. Herman Wirth, entdeckt und entschlüsselt wurden“, heißt es in der Einladung.

Herman Wirth gehörte 1933 dem „Führerrat“ der „Arbeitsgemeinschaft der Bewegung arteigenen deutschen Glaubens“ an und war Gründer des späteren SS-Institutes „Deutsches Ahnenerbe“. *hma* ■

„Dortmunder Antifa Gespräche 2003“

DORTMUND. Das Dortmunder „Umbruch-Bildungswerk für Friedenspolitik“ führt in Kooperation mit dem „Bündnis „Dortmund gegen Rechte“, VVN-BdA, Dortmunder Antifa-Kooperative und dem Dortmunder „Friedensforum“ eine antifaschistische Gesprächsreihe durch. Jeweils Montags ab 19 Uhr finden im „Z“, Oesterholzstraße/Ecke Tiefestraße Veranstaltungen über „Mädchen und Frauen bei den Neonazis“ (24.02.), „Das braune Netz im Internet“ (28.04.), „Rechtsextreme Medien“ (30.06.), „Tapfer, treu und ehrenhaft – Die Wehrmacht“ (29.09.), „Sind die neuen Nazis die alten Nazis ?“ (27.10.) sowie „Kinder und Jugendliche und der Neonazismus“ (08.12.) statt. ■

Nazi-Kundgebung für den 1. Mai 2003 angemeldet

FRANKFURT. Der Neonazi Hartmut Wostupatsch hat für den 1. Mai 2003 an einem noch unbekannten Ort in Frankfurt eine Kundgebung unter dem Titel „Gegen Globalisierung – für die Interessen der deutschen Arbeiter“ angemeldet. Hartmut Wostupatsch gehört zu den sogenannten freien Kräften und ist im letzten Jahr verschiedentlich mit militanten Nazi-Veranstaltungen hervorgetreten, unter anderem mit der sogenannten „Fränkischen Aktionsfront“.

Die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt trifft sich am 8. März 2003, 14 - 18 Uhr im DGB-Haus zur Beratung ihrer weiteren Arbeit sowie zur Vorbereitung des 1. Mai.

Info der Anti-Nazi-Koordination ■

Neue Anti-Antifa Broschüre

MANNHEIM. Letzte Woche bekam das JUZ Mannheim eine anonyme Postsendung geschickt. Darin befand sich eine Broschüre mit dem Titel: „BRAUNER PARTISAN, Stimme der braunen autonomen Untergrundbewegung“. Eigentlich rezensieren wir keine anonymen Zusendungen, für dieses nazistische Machwerk wollen wir aber eine Ausnahme machen.

Schon das Titelblatt zeigt, wes Geistes Kind die Autoren sind: Ein kleines, blondes Mädchen mit einer Puppe wird von zwei schwarzhäutigen Menschen, die mit rassistischen Klischees gezeichnet werden, jeweils mit einem Messer und einer Spritze bedroht. Das Kind ist weiterhin von zwei Ratten umgeben. Darunter der Schriftzug (wohl auf das Mädchen bezogen): „Fürchte dich nicht…. Es wird nicht lange mehr so sein.“ Im Titel – Schriftzug des BRAUNEN PARTISANEN, befindet sich dann folgerichtig ein maskierter Kämpfer mit Maschinengewehr im Anschlag. Auf diesem Niveau geht es inhaltlich auch weiter. Im Vorwort heißt es: „Wir brauchen Taten kein Geschwätz (…) Wir haben gezeigt, das auch in Rheinland – Pfalz die roten Verbrecherbanden nicht ihren volksverräterischen Aktivitäten nachgehen können ohne unsere besondere Aufmerksamkeit zu erlangen! (…) Das Pack muss lernen das Gewalt immer Gegengewalt erzeugt, diese aber gerechtfertigt ist, diese aber Gerechtfertigt ist, weil sie der Verteidigung dient! (…) Die Anti – Antifa schläft nie!!“ (Fehler im Original).

Der gesamte Text ist in diesem kruden Tenor verfasst. Als Herausgeber wird eine „Revolutionäre Anti – Antifa Zelle“ genannt. Der V.i.s.d.P. sei ein „ Zusammenschluß hasserfüllter Deutscher“. Ein besonders geschmackloser Scherz ist dabei noch die Angabe der Auflage von „6 Mio“, mit der wohl auf die Shoah angespielt werden soll.

Um es nicht zu vergessen, in einer Anmerkung weisen die Autoren darauf hin, „das diese Informationen nicht für irgendwelche Straftaten missbraucht werden sollen !“ In der Folge werden dann auf der nächsten Seite, mehrere Mitglieder der Grünen aus Rheinland Pfalz mit Foto, Adresse, Telefonnummer und „Anmerkungen zur Person“ veröffentlicht. Das Ganze unter der unmissverständlichen Überschrift: „Nehmt euch in Acht!… Auch ihr habt Namen und Adressen!!! Wir sind nicht mehr bereit eure Gewalt tatenlos hinzunehmen“ (Fehler im Original) Des weiteren werden die Adressen von Grünen Büros und Räumlichkeiten, sowie Adressen der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Adressen aus mehren Bundesländern. In einer gesonderten Rubrik werden mehrere Textfragmente aus der Berliner Zeitschrift Interim veröffentlicht, um einen „kleinen Einblick in die Menschenverachtende Denkweise der sog. Antifaschisten zu bekommen.“ (Fehler im Original).

Auf der Rückseite befindet sich unter dem Bild zweier bewaffneter Vermummter und der Schrift: „Z.O.G. zerschlagen!“ (Z.O.G steht im Nazijargon für „zionist occupied government“) ein Text der hier in seiner ganzen biologistischen Menschenverachtung zitiert werden soll: „Das Geschwür auf dem kranken Volkskörper muss aufgeschnitten und ausgepresst werden, bis das rote Blut herausfließt. Man muß es eine gute Weile rinnen lassen, bis der Körper gereinigt ist.“ (Fehler im Original)

Danach wird eine niederländische Postfachadresse angegeben, die schon mehrfach als Kontakt für Todeslisten diente. So zum Beispiel für die Anti-Antifa Broschüre WEHRWOLF, die ebenfalls aus Rheinland Pfalz stammt. Ob auch die Autoren des WEHRWOLF und des BRAUNEN PARTISANEN die selben sind, ist unbekannt.

Außerdem wurde der Überblick Rechtsextremismus upgedated und ist zusätzlich unter www.rhein-neckar-rechts.tk zu finden.

Info Telefon Garfield ■

500 Menschen bei Demo im Rahmen der Antifa-Aktionswochen

BERLIN. Über 500 Menschen beteiligten sich am Samstag, dem 1.2., bei Eiseskälte, dennoch gut gelaunt, an der Demonstration im Rahmen der Antifaschistischen Aktionswochen 2003. Unter dem Motto „Wenn wir kommen, kann Deutschland einpacken! Für eine starke

linke Jugendbewegung!“ versammelten sich die zumeist jugendlichen DemonstrantInnen am Nachmittag am S-Bahnhof Greifswalder Straße. Hier war 1999 der polnische Punk Krystian W. von einem rechtsextremen Bauarbeiter vor einen einfahrenden Zug geworfen worden, er verlor dabei einen Arm und ein Bein. Vor einer möglichen Aussage gegen die Täter wurde er in sein Heimatland abgeschoben.

Weiter zog die Demo nach Weißensee. Hier wurde Halt am Jugendclub „HOF 23“ in der Langhansstraße gemacht, der in letzter Zeit verstärkt von Neonazis frequentiert wird. Weiter zog der Demozug zur „Bunten Kuh“ in der Parkstraße, dem linken Jugendclub, der in der Vergangenheit Ziel von Rechtsextremisten wurde und überbrachte Solidaritätsgrüße. Schließlich ging es weiter zum jüdischen Friedhof, dem größten in Berlin. Mehrfach kam es hier in den letzten Jahren zu Schändungen. Ausführlichere Infos demnächst auf der Website des [A3] unter http://a3.antifa.de. Die Aufrufe zur Demo befinden sich ebenfalls dort

von Antifaschistisches Aktionsbündnis III [A3] ■

Rechtsextreme Hetzschriften an der Universität

POTSDAM. In der vorigen Woche informierten aufmerksame Studierende den AStA der Universität Potsdam, dass an mehreren Standorten der Universität Flugblätter der „Unabhängigen Nachrichten“ aufgetaucht seien. Die von mehreren Verfassungsschutzorganen als rechtsextrem eingestufte Publikation warnt in der verteilten Ausgabe mit offensiv rassistischen und neonazistischen Parolen vor einem angeblichen „Bankrott des Gesundheitssystems“. Die Krankenkassen stünden demnach im Verdacht „Entwicklungshilfe“ zu betreiben, da es nach Deutschland einen immer größer werdenden Zustrom von AusländerInnen gebe, die ihre Familien im Ausland über die Sozialsysteme der Bundesrepublik mitversorgen würden.

Unabhängig vom Inhalt und vom Wahrheitsgehalt des Flugblattes wird eines klar: Die Krankenkassen sind bankrott und die AusländerInnen sollen die Urheber der Defizite sein. Der AStA schließt zwar aus, dass sich Studierende auf eine solch falsche und plumpe Argumentation einlassen, warnt aber vor einer neu erstarkenden rechtsextremen Struktur auch innerhalb der Hochschulen. Er wird prüfen, ob gegen die UrheberInnen des Flugblattes und deren VerteilerInnen Strafanzeige wegen des Verdachtes der Volkverhetzung erstattet wird.

www.asta.uni-potsdam.de ■

Republikaner wählten neuen Landesvorstand

ESSEN. Am 19. Januar fand im Bürgerhaus Oststadt in Essen der Landesparteitag der REP NRW statt. Laut Pressemitteilung votierten 90 % der Stimmberechtigten wieder für Uschi Winkelsett aus Senden als Landesvorsitzende, die ohne Gegenkandidat antrat. Stellvertreter sind Reinhard Rupsch aus Greven, Arnd Schubeus aus Herne und Daniel Schöppe aus Köln. Zum neuen Landesschatzmeister wurde Bernhard Hasse aus Kalletal und zum Landesschriftführer Wolfgang Pohlmann aus Wuppertal gewählt. Laut Rechenschaftsbericht nimmt NRW im Bundesverband „eine immer wichtigere Rolle ein“. „Unsere Parteifreunde sind überall dort im Einsatz, freiwillig und ehrenamtlich, wo man sie braucht. ... NRW steht ‚Gewehr bei Fuß’“, so Pohlmann in seiner Mitteilung an die Presse.

u.b. ■

Zerstrittene Rechte zur Kommunalwahl in Lübeck

LÜBECK. Zur Kommunalwahl vor vier Jahren hatten sich Nazis noch zusammengeschlossen, um sich nicht gegenseitig die Stimmen wegzunehmen. Diese Wahlbündnisse sind passe: Völlig zerstritten treten diesmal in Lübeck und Neumünster mehrere faschistische Wahllisten an. In Lübeck kandidieren das seit vier Jahren bestehende „Bündnis Rechts für Lübeck“ um dessen Vorsitzenden Dieter Kern sowie die Wählergemeinschaft „Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck“. Diese ist aus einem Richtungsstreit zwischen Kern und Vertretern der „Freien Nationalisten“ sowie der NPD hervorgegangen.

Die neue Wählergemeinschaft will den Wahlkampf über das Internet (www.fuer-luebeck.com) führen. Sie sehen darin einen „großen Vorteil“ bei der Bekanntmachung der eigenen Ziele, da der Wahlkampf im Internet nicht durch „staatliche Repression und antifaschistische Aktionen“ beeinflusst werden könne. ■

Kommunalwahl ohne Schill-Partei

PINNEBERG. Der rechtspopulistischen Schill-Partei wurde durch den Kreiswahlausschuss die Zulasung zur Kommunalwahl aus aus formalen Gründen verweigert. Die Partei hatte wohl genügend Unterschriften gesammelt, diese aber nicht melderechtlich bestätigen lassen. Sie habe angenommenn, dies geschehe durch die Kreiswahlverwaltung (geschieht aber durch die Einwohnermeldeämter). Gegen diese Entscheidung ist eine Beschwerde möglich, nach Aussage der Kreisverwaltung ist dieser Fehler aber „nicht heilbar“. Auch in Norderstedt findet eine Schill-Kandidatur nicht statt.

Beide Artikel: S.P., Elmsh.orner GegenSätze 1/03 ■

Polizei registriert: Rechte Szene aktiv im Landkreis Hassberge

HASSFURT. Die rechte Szene ist im Landkreis „sehr aktiv“. Zu diesem Fazit kam ein Experte der Polizeidirektion Schweinfurt, der am 29.01.2003 im Jugendhilfeausschuss des Kreistags über den „braunen Sumpf“ berichtete und Möglichkeiten aufzeigte, um ihn auszutrocknen.

Der Kriminalhauptkommissar Klaus Eckelmann leitet das Referat Staatsschutz der Polizeidirektion Schweinfurt. Ihn hatte Landrat Rudolf Handwerker als Fachmann für Aktivitäten von Neonazis nach Hassfurt eingeladen, nachdem Kreisrätin Elisabeth Endres eine Anfrage zu diesem Thema gestellt hatte.

Eckelmann beleuchtete das Thema zunächst aus regionaler Sicht, da die Polizeidirektion neben dem Landkreis Hassberge auch die Kreise Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und die Stadt Schweinfurt betreut. In der Gesamtschau, so sagte der Experte im Jugendhilfeausschuss, stellt sich die rechte Szene „eher unauffällig“ dar; die Zahl der Vorfälle sei seit Jahren ebenso rückläufig wie die der Straftäter.

Eckelmann nannte als Beispiel die „Kreuzritter Franken“, eine rechtsextreme Gruppierung, die vor wenigen Jahren im Raum Bad Kissingen „sehr aktiv“ war. Nachdem die Polizei dazu übergangen war, Mitglieder der Gruppierung „Tag und Nacht“ zu kontrollieren und bei Rechtsverstößen auch erkennungsdienstlich zu erfassen, sei der Spuk ebenso schnell verschwunden wie er aufgetaucht war, sagte der Kriminalhauptkommissar.

Als zweites Phänomen der rechten Szene stellt sich laut Eckelmann eine „extreme Fluktuation“ heraus - sowohl was die Köpfe angeht als auch im Blick auf die Schauplätze. Und da zeigt sich nach Aussage der Polizei-Experten, dass die regionale Szene in letzter Zeit verstärkt im Landkreis Hassberge aktiv wird. So wurden letztes Jahr von 49 erfassten Straftätern in der Region 31 im Landkreis Hassberge festgestellt; „eine auffallende Häufung“, sagte Eckelmann. Er gab zu, dass die Statistik durch extreme Vorfälle wie die Schlägerei beim Eberner Altstadtfest im Juli 2002 aus dem Lot geraten ist, wo alleine 20 Straftäter aus der rechten Szene wegen Landfriedensbruchs ins Visier der Ermittler genommen wurden.

Dennoch erkannte Eckelmann einen Trend: Die Zahl von Treffen der rechten Szene habe deutlich zugenommen, und es wurden auch von Mal zu Mal mehr Teilnehmer gezählt. Dazu komme ein verstärkter Einfluss aus den Nachbarlandkreisen Coburg und Bamberg sowie aus den neuen Bundesländern. Und der insbesondere macht der Polizei Sorgen, denn „da kommen dann ganz andere Kaliber“, sprich potenzielle Straftäter mit hoher Gewaltbereitschaft, wie Eckelmann sagte. Hinzu komme, dass Treffen mit 200 Teilnehmern oder mehr für die Polizei letztlich „kaum noch zu kontrollieren“ seien; jederzeit bestehe die Gefahr einer Eskalation.

Den Einwand von Landrat Rudolf Handwerker, dass die rechte Szene im Landkreis Hassberge ohne den Vorfall beim Eberner Altstadtfest „ebenso unauffällig wäre wie in der übrigen Region“, wollte Klaus Eckelmann so nicht stehen lassen. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass sich die Neonazis im Landkreis Hassberge „festsetzen“ und dass hier verstärkt auch überregionale Treffen abgehalten würden – meist getarnt über Strohmänner als „Geburtstagsfeiern“ etwa auf Grill- oder Zeltplätzen.

So registrierte die Polizei letztes Jahr in Bayern zwei Neonazi-Treffen am 20. April, dem Geburtstag Hitlers. Eines fand in Nürnberg statt, das andere in Bramberg. „Seit 2001 beobachten wir im Landkreis Hassberge eine Konzentration der Aktivitäten“, fasste Eckelmann zusammen, und er schätzt die aktive rechte Szene im Landkreis Hassberge auf 60 Personen, die in Zukunft mit verstärkter Aufmerksamkeit seitens der Behörden rechnen müssen. Ständige Präsenz (Eckelmann) und dauerhafter Druck (Handwerker) sollen den „braunen Sumpf“ trocken legen. Als Fingerzeig mag auch dienen, dass Klaus Eckelmann als neuer Leiter der Polizeiinspektion Ebern im Gespräch ist. Ebern ist im Landkreis Hassberge ein Schwerpunkt der Neonazi-Umtriebe.

Günther Flegel, Fränkischer Tag ■

Täglich 20 rechtsextreme Straftaten

BERLIN. Im November 2002 wurden bundesweit 588 politisch rechts motivierte Straftaten registriert, darunter 39 Gewalttaten. Das geht aus der Antwort des Bundesministeriums des Innern auf die Anfrage von Petra Pau, PDS, (Mitglied des Innenausschusses) hervor. Allein diese offizielle Zahl bedeutet, dass durchschnittlich jeden Tag mindestens 20 rechtsextreme Straftaten und Tag für Tag eine rechts- bzw. fremdenfeindlich motivierte Gewalttat begangen werden. Die reale Zahl dürfte erheblich höher liegen. Die Statistik (absolute Zahlen) wird von Niedersachsen, Berlin, Bayern und Sachsen angeführt. ■

Naziaufmärsche in Chorweiler und Mülheim

KÖLN. Am 15. März will die „Bürgerbewegung Pro Köln“ um Manfred Rouhs mal wieder demonstrieren und dies gleich in zwei Stadtteilen an einem Tag, vormittags in Chorweiler und dann nachmittags auch noch in Mülheim.

Hinter dem harmlosen Namen „Pro Köln“ verbergen sich führende Köpfe der Kölner Neonazi-Szene. Deren Wortführer Manfred Rouhs hat in den letzten Jahren zahlreiche rechtsextreme Kundgebungen in Köln abgehalten, an denen sich hauptsächlich rechte Skinheads und Nazischläger aus ganz NRW beteiligten. Pro-Köln versucht dabei Themen aufzugreifen, mit denen sie hoffen in bürgerliche Kreise hineinzuwirken: Mal hetzten sie gegen den Christopher Street Day, dann gegen den „Straßenstrich“ in Longerich. Bei einer Demonstration gegen den Verfassungsschutz mussten sie allerdings feststellen, dass ihr Rückhalt in der Bevölkerung gleich Null war. Keinen Schritt weit konnten sie vom Pariser Platz in Chorweiler tun, unter Polizeischutz verschwand der braune Spuk wieder in der U-Bahn.

Protest gegen Pro-Köln-Aufmarsch 2002

Seit einiger Zeit konzentriert sich „Pro Köln“ auf eine Kampagne gegen den vom Stadtrat bereits beschlossenen Bau einer repräsentativen Moschee auf Kölner Stadtgebiet. Dabei ist ihnen kein Argument zu blöd, um die Angst vor Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe zu schüren. „Zufluchtsstätten für islamische Terroristen“, „lautstarke orientalische Lautsprecherdurchsagen“ und „Parkplatzprobleme“ habe die deutsche Nachbarschaft zu erwarten, heißt es auf ihrer Website. Aber man sollte sie nicht unterschätzen. Geschickt haben sie diese Kampagne angeleiert mit dem Ziel der Kommunalwahl 2004 vor Augen, wo sie hoffen, wieder in den Stadtrat einzuziehen.

Nachdem sie zunächst einen Bürgerantrag an den Beschwerdeausschuss richteten, für den sie in Chorweiler und Mülheim Unterschriften sammelten und auch mehrere Hundert zusammen bekamen, sind sie jetzt dazu übergegangen, Veranstaltungen in den Stadtteilen zu organisieren, zu denen sie diejenigen, die unterschrieben haben, einladen. In Chorweiler konnten sie mit einem katholischen Pfarrer aus Neuss als Referenten aufwarten. Als sie in Mülheim am 30. Januar in einem katholischen Vereinshaus eine ähnliche Versammlung durchführen wollten, standen sie allerdings vor verschlossenen Türen. Nachdem die Kirchengemeinde St. Mauritius über den Charakter dieser „Bürgerbewegung“ informiert worden war, trat diese vom Vertrag zurück. „Pro Köln“ hat inzwischen die Unterschriftenaktion auf andere Stadtteile ausgedehnt. Sie haben eine Zeitung herausgebracht, die sie kostenlos an Haushalte verteilen. Und für den 15. März kündigen sie zwei Kundgebungen und Demonstrationen an, um 11 Uhr am Pariser Platz in Chorweiler und um 15 Uhr auf dem Wiener Platz in Mülheim.

„Lassen wir nicht zu, dass ihre Rechnung aufgeht!“ heißt es im Aufruf von „Köln stellt sich quer“. „Setzen wir ein Zeichen gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, egal wo sie herkommen, wie sie aussehen, ob sie glauben, was sie glauben oder welche sexuelle Orientierung sie haben. Setzen wir ein Zeichen gegen Faschisten und Rassisten – egal aus welchem Land sie auch kommen! – Setzen wir ein Zeichen für ein solidarisches Zusammenleben in einer Welt, in der Armut, Ausgrenzung und Rassismus keine Rolle mehr spielen! Zeigen wir den Faschisten, dass sie in Chorweiler und Mülheim NICHTS, aber auch GAR NICHTS verloren haben!“

Treffpunkte: 10 Uhr: Pariser Platz, Köln-Chorweiler,
14 Uhr: Wiener Platz, Köln-Mülheim.

u.b. ■

„OIDOXIE" – eine Band gibt Gas

Kaum ein RechtsRock-Konzert in NRW, bei dem „Oidoxie" derzeitig nicht auftritt. Und auch in anderen Bundesländern und im Ausland ist die Dortmunder Band anzutreffen.

von Pierre Briegert

„Wir spielen Rechtsrock [...] für's Vaterland" heißt es auf ihrer CD „Schwarze Zukunft": „Wir sprengen die Ketten, und schlagen uns frei. Wir kämpfen für Deutschland, und bleiben dabei. [...] Und schreien immer wieder: Heil, heil!" Derartige ‚Reimkunst' weiß die Szene zu verzücken, nicht immer aber auch die Staatsanwaltschaft, die einen Beschlagnahmebeschluss über die „Schwarze Zukunft" verhängte. Grund für Frontmann und Sänger Marko Gottschalk aus Dortmund-Brechten sowie seine Mitstreiter, zu denen u.a. Dennis Linsenbarth aus Werne und Christian Errit aus Meinerzhagen zählen, sich auf ihren anderen CDs, wie z.B. „Kann denn Glatze Sünde sein?", „Treue und Ehre" und „Weiß & Rein" ein wenig zu mäßigen.

„Welcome to the white world of the Kriegsberichters"

Kaum aber bewegt sich die Band außerhalb des direkten Zugriffs der deutschen Justiz, gibt sie Gas: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um, hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz" singt „Oidoxie" auf der kürzlich erschienen fünften Ausgabe der Videoproduktion „Kriegsberichter", hergestellt von der finnischen Firma „Ainaskin Production". Vertrieben wird das Video über die Organisation „Thule" in Schweden und von der „NS88 Video Division" in den USA, also von der us-amerikanischen Division der in Deutschland verbotenen internationalen „Blood & Honour"(B&H)-Struktur. Oidoxie", deren Bassist Linsenbarth in einem Interview mit dem Hammer-Skin-Blatt „Hass Attacke" Ian Stuart und Rudolf Heß als Band-Vorbilder angab, machte den musikalischen Auftakt auf diesem Video. Gezeigt wird ein Konzert-Mitschnitt, bei dem „Oidoxie" das oben zitierte, berüchtigte und verbotene „Hakenkreuz-Lied" der Band „Radikahl" vorträgt.

Auf dem Video sind neben Interviews und weiteren Bandauftritten Szenen geschnitten, in denen Bilder aus Konzentrationslagern gezeigt werden, Schwarze und Juden erschossen werden und mit Karikaturen der Mord an Behinderten dargestellt wird.

Nicht nur aus der Tatsache, dass nicht jeder Band die ‚Ehre' zuteil wird, auf dem „Kriegsberichter" verewigt zu werden, lassen sich gute Kontakte zu B&H schlussfolgern. Und so wundert es auch nicht, dass u.a. zu dem Großkonzert am 16. März 2002 in Dortmund neben „Oidoxie" hochkarätige us-amerikanische Bands wie „Max Resist" und „Intimidation one" aufspielten.

Kampf um die Köpfe und Kampf um die Straße

Doch nicht nur auf der Bühne, auch auf der Straße ist die Band zu Hause. So organisierte „Oidoxie", deren Mitglieder dem Spektrum der „Freien Kameradschaften" zuzurechnen sind, bereits zwei Demonstrationen unter dem Motto „Veranstaltungsfreiheit auch für national gesinnte Deutsche! Gegen Polizei- und Staatswillkür!" Anlass war Eigenangaben zufolge, dass eine Geburtstagsparty von Gottschalk und dem „Oidoxie" nahestehenden „Kameradschaftsführer" aus Dortmund, Carsten Jährling, Ende Dezember sowie eine Silvester-Party – beide vermutlich mit geplanten Liveauftritten – nach Einflussnahme durch die Polizei nicht stattfinden konnten. Statt dessen demonstrierten am 28.12.2002 auf Anmeldung von Jährling ca. 100 sowie am 4.1. diesen Jahres mit Unterstützung des dieses Mal als Anmelder auftretenden neonazistischen Liedermachers Nico Schiemann aus Frankfurt/O. ca. 200 Neonazis „Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten!"-skandierend durch Bochum. Bei letzterer Demo war auch der Führer der „Freien Kameradschaften", Christian Worch aus Hamburg, als Redner zugegen. „Oidoxie" verfügt insbesondere im Ruhrgebiet und im Ennepe-Ruhr-Kreis über ein großes Umfeld und ist auch bundesweit bekannt und beliebt. Es lag also nahe für Worch, sich bei seiner Offensive für mehr Rechtssicherheit bei der Organisation von Konzerten für „Oidoxie" als Liveband auf Demonstrationen zu entscheiden .

Die „Oidoxie-Saalschutz"-Truppe, in der mit Ronald Guziewski aus Wetter sowie Marc vom Ort (Gevelsberg) und Michael Müller (Ennepetal) auch diverse Rottenführer der regionalen „Kameradschaften" zu finden sind, ist bei derartigen Events natürlich stets mit von der Partie.

Ausblick

Der Auftritt von „Oidoxie" auf der Demonstration in Soest am 20.7.2002 war nur der Anfang einer neuen neonazistischen Offensive in NRW. Vergleichbar mit den ab 1998 immer häufiger angemeldeten Demonstrationen, soll verstärkt versucht werden, RechtsRock-Konzerte sowie Bandauftritte auf politischen Aktionen durchzusetzen und zu etablieren. Für April wurden bereits weitere Demos mit Bandauftritt(en) in Bochum angekündigt. Das Ziel ist klar: Eine größere Zielgruppe mit zeitgemäßen Mitteln anzusprechen. „Oidoxie" wird bei diesem Konzept eine wichtige Rolle spielen. ■

(1) Zum „Kriegberichter" vgl.: Der Rechte Rand Nr. 80

Anlässlich der von antifaschistischen Gruppen in NRW geplanten Kampagne gegen rechte Musik (siehe www.antifa-nrw.de) hat die Nr. 11 der LOTTA das Schwerpunktthema RechtsRock. Den obigen Artikel haben wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion übernommen. Auf 11 Seiten wird das komplexe Thema von sachkundigen Autoren aus Wissenschaft, Journalismus und Erwachsenenbildung in seinen wichtigsten Facetten beleuchtet.
Preis 2 Euro
Jahresabo für 4 Ausgaben 11 Euro, zu beziehen über Lotta, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
Email-Adresse: lotta@koma.free.de.

Protest gegen Kardinal Meisners Militärabsegnung

Köln, 30. Januar. 30 Personen protestierten auf der Domplatte dagegen, dass Kardinal Meisner 1500 NATO-Soldaten und deren bisheriges und geplantes Handeln absegnete.

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

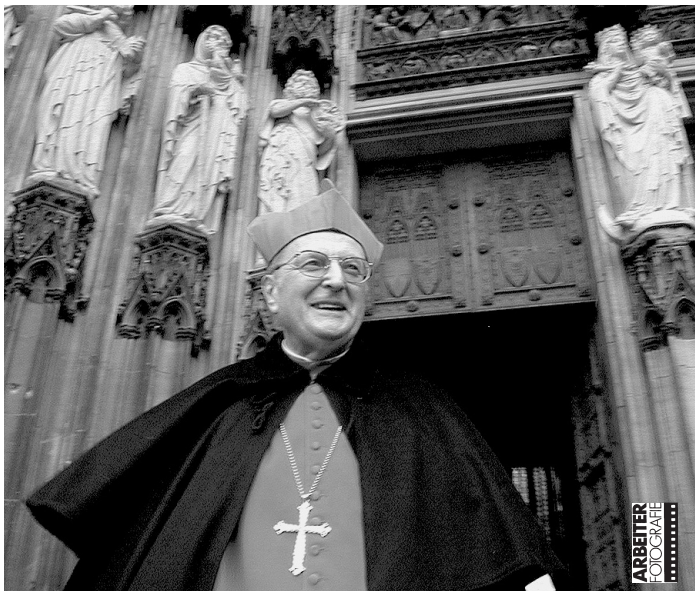
Seit 1991 hält Meisner jeweils am Weltfriedenstag der katholischen Kirche seine Militärpredigten. In ihnen will er die Soldaten verpflichten, ihr militärisches Tötungswerk im Namen seines Gottes zu verrichten.

Als sich in diesem Jahr ab acht Uhr Soldaten auf der Domplatte versammelten, mahnte sie die laute Trompetenmusik zweier Musikerinnen, begleitet von Trommelschlägen, sich nicht mehr für die militärische Außenpolitik ihre Länder verwenden zu lassen. Ob es nicht besser sei zu desertieren als zu töten, wollte ein Plakat sie zum Nachdenken anregen. Ein Transparent von Pax Christi wurde gezeigt und machte deutlich, dass die herrschende Absegnung der Militärpolitik auch in der katholischen Kirche auf Widerspruch stößt. Das Transparent „Kriege verhindern, Rüstung ächten“ wurde wieder gezeigt. Als 1997 eine Demonstrantin und ein Demonstrant ganz allein dieses Transparent vor dem Dom hochhielten, sahen die Bundeswehrführung und der Kardinal die freie Verdrehung der Soldatenköpfe gefährdet und ließen die Protestierenden von der Polizei festnehmen. Zwei Stunden Einzelhaft im Polizeipräsidium sicherten, dass Meisners Kriegsruf seiner damaligen Predigt: „Fürchte Gott und scheue niemand!“ nicht von zwei Menschen in Frage gestellt wurde.

In diesem Jahr wurden die Transparente der kleinen Protestgruppe von Passantinnen und Passanten aufmerksam gelesen und spontane Zustimmung deutlich ausgedrückt. Meisners falsche Rede: „In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher“ war auf einem großen Schaubild der Gruppe Pax an verdeutlicht. Meisners Spruch aus seiner Soldatenpredigt 1996 rechtfertigte den blinden Gehorsam gegenüber der militärischen Vernichtungspolitik.

Auch diesmal wurde der Kardinal bei seinem Eintreffen vor dem Dom von lauten Unmutsrufen aus der Protestgruppe empfangen. Ein Soldat der Bundeswehr war abgeordnet, vor dem Kardinal herzumarschieren bis zum Domportal. Im Dom wurde bei Beginn von Meisners Militär-Predigt eine rote Bombenattrappe mit der Aufschrift des 5. Gebotes „Du sollst nicht töten“ bis vor den Altar getragen. Dom-Schweizer hielten die Erinnerung an das Tötungsverbot nicht für angebracht und griffen heftig ein.

Beim letzten Krieg der NATO und der USA 1991 gegen den Irak hatte der Kardinal am 31. Januar im Kölner Dom die Soldaten darauf verpflichtet, Krieg zu


ARBEITER FOTOGRAFIE

führen für, wie er sagte, „eine neu fällig gewordene Friedensordnung für Europa und die Welt“. Dieses Kriegsziel war von dem damaligen US-Präsidenten Bush propagiert worden. Die Regierung der NATO-Staaten, auch die der Bundesrepublik Deutschland, stimmten zu. Meisner rief damals die Soldaten direkt zum Krieg auf.

In diesem Jahr 2003 wird ein Krieg gegen den Irak erneut vorbereitet. Der Papst, Kardinal Meisners Dienstherr, stellte sich gegen direkte Kriegsvorbereitungen. Meisner setzte seine Haudrauf-Kriegsparole „Gott mit uns“ so nicht fort. Er betonte in seiner diesjährigen Soldatenpredigt, dass das Militär weltweit für die Erhaltung des Friedens eingesetzt werden müsse: „Die Soldaten mit ihrem Dienst sind nicht dazu da, Kriege zu führen, sondern sie zu verhindern und den Frieden zu erhalten.“ Militäreinsätze der Bundeswehr in der ganzen Welt im Namen von Meisners Gott: Wofür? Hatte Verteidigungsminister Struck nicht auch erklärt, dass Deutschlands Frieden am Hindukusch verteidigt wird?

Die geltenden Bundeswehrrichtlinien sehen weltweiten Einsatz der Bundeswehr für die Rohstoffsicherung der deutschen Konzernbesitzer vor und für den Erhalt des freien Welthandels. Diese Richtlinien werden jetzt gerade überarbeitet. Verteidigungsminister Struck hatte mit der Forderung nach dem Erhalt des deutschen Friedens am Hindukusch, einige tausend Kilometer östlich von Berlin, eine Vorgabe gesetzt. Generalinspekteur Schneiderhahn hat die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien am 18.1.2003 erstmals genauer umrissen. Verteidigung müsse neu definiert werden. Er warf die Frage auf, ob Verteidigung auch „präventiv“ zu führen sei. Vorbeugender Krieg zum Erhalt des Friedens durch, in Meisners schönredenden Worten, „die Soldaten mit ihrem Dienst“ , darüber denkt die Bundeswehrführung nach. Kardinal Meisner hatte die jeweilig aktuellen Ziele der Bundeswehrführung seit 1991 in seinen Militärpredigten umgesetzt und in die Köpfe der Soldaten zu bringen versucht.

Nicht nur die USA, auch die Bundesrepublik Deutschland bereitet sich auf Angriffskriege zur Verteidigung „deutscher Interessen“ vor. Generalinspekteur Schneiderhahn: „Die geographische Bindung, die wir bisher haben – oder hatten – die hat sich verändert.“ *gba* ■

Veteranen der US-Army:
Leistet Widerstand!

Stellungnahme von mehr als 400 Veteranen der US-Army zum bevorstehenden Irakkrieg

Die Stellungnahme von Veteranen der US-Army zum Irakkrieg wurde am 4. Februar 2003 in der mexikanischen Tageszeitung La Jornada veröffentlicht. Mehr als vierhundert ehemalige Soldaten des 2. Weltkriegs, des Vietnam- und Koreakriegs und des Golfkriegs appellieren an die heutigen Mannschaften, ihr Gewissen sprechen zu lassen, wenn sie den Befehl erhalten, zu kämpfen und zu töten:

„Wir sind Veteranen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Wir sind mit der Mehrheit der Menschheit – einschließlich Millionen in unserem Land –, dagegen, dass die Vereinigten Staaten einen unerbittlichen Krieg im Irak entfesseln. Wir haben viele Kriege gesehen, wir haben viele und unterschiedliche politische

Vorstellungen und stimmen alle darüber ein, dass dieser Krieg ein Übel ist. Viele von uns glauben, dass es unsere Pflicht war, in der Armee zu dienen, dass es unsere Aufgabe war, dieses Land zu verteidigen. Heute glauben wir, dass es unsere authentische Pflicht ist, euch als Angehörige der bewaffneten Streitkräfte zu ermutigen, zu begreifen, warum sie euch dort hinschicken, um zu kämpfen und zu sterben, und welche Konsequenzen eure Aktionen für die Menschheit haben werden.

Wir bitten euch Aktive oder Reservisten, auf euer Gewissen zu hören und das zu tun, was richtig ist. Im letzten Golfkrieg erhielten die Truppen die Anordnung, aus sicherer Distanz zu töten. Wir haben aus der Luft viel vom Irak zerstört, haben Tausende Menschen getötet, darunter Zivilisten. Wir erinnern an die Straße von Basra – die Straße des Todes - wo wir den Befahl hatten, die fliehenden Iraker zu töten. Wir zerstörten mit Bulldozern ihre Stellungen, wobei wir Menschen lebend begruben. Die Anwendung von abgereichertem Uran verseuchte die Schlachtfelder radioaktiv. Der massive Einsatz von Pestiziden, experimentellen Drogen, die Brände von Depots mit chemischen Waffen und die Brände der Ölfelder vermischten sich zu einem toxischen Cocktail, der heute das irakische Volk peinigt, aber auch die Veteranen des Golfkrieges. Jeder vierte Veteran leidet darunter.

Während des Vietnamkrieges wurde uns befohlen, aus der Luft und zu Land, alles zu zerstören. In MyLai töteten wir mehr als 500 Frauen, Kinder und alte Menschen. Wir verwendeten Agent Orange gegen den Feind und experimentierten mit seinen Effekten an unserem eigenen Leib. Wir wissen, wie man sich unterscheidet, wie man sich fühlt, welchen Geschmack das posttraumatische Stresssyndrom hat. Denn die Gespenster von mehr als 2 Millionen Männern, Frauen und Kindern verfolgen uns heute noch in unseren Träumen. Unter uns gibt es mehr Tote durch eigene Hand, als wir nach Hause zurückkehrten, als solche, die im Kampf gefallen sind.

Wenn ihr euch entscheiden solltet, an der Invasion auf den Irak teilzunehmen, seid ihr Teil einer Besatzungsmacht. Wisst ihr, was es bedeutet, in die Augen eines Volkes zu sehen, das euch bis ins Mark verabscheut? Ihr müsst darüber nachdenken, was eure wirkliche „Mission“ darstellt. Wenn man dort hingeschickt wird, um das Land eines Volkes zu überfallen und zu besetzen, das wie jeder von uns versucht, sein Leben zu leben und seine Kinder aufzuziehen. Diese Menschen sind keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten, auch wenn sie einen brutalen Diktator an der Spitze haben. Wer in den Vereinigten Staaten könnte dem irakischen Volk vorschreiben, wie ihr Land regiert werden soll, wenn viele in den USA nicht einmal glauben, dass ihr Präsident legal gewählt wurde?

Von Saddam wird gesagt, dass er gegen sein eigenes Volk Giftgas eingesetzt hat und dass er versucht, Massenvernichtungswaffen zu bauen. Saddam beging aber seine schlimmsten Verbrechen, als er von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Sie gaben ihm auch die Mittel, um chemische und biologische Waffen herzustellen. Vergleicht das mit den schrecklichen Resultaten der von den USA betriebenen ökonomischen Sanktionen. Nachdem die Infrastruktur des Landes vollständig zerstört wurde, einschließlich Krankenhäuser, Stromwerke, Wasserversorgung, haben die USA mit den Sanktionen verhindert, dass Güter, Medizin, Lebensmittel und notwendige chemische Substanzen für den Wiederaufbau, eingeführt werden können.

Es gibt keine Ehre beim Mord, und dieser Krieg bedeutet Mord unter anderem Namen. Wenn in einem ungerechten Krieg eine Bombe eine Mutter mit ihrem Kind tötet, ist dies kein „Kollateralschaden“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg ein Kind an Ruhr stirbt, weil eine Bombe die Kläranlage zerstört hat, wurde nicht „feindliche Infrastruktur zerstört“: Das war Mord.

Wenn in einem ungerechten Krieg ein Familienvater an einer Herzattacke stirbt, weil eine Bombe die Telefonleitungen zerstörte und keine Ambulanz benachrichtigt werden konnte, war das nicht die „Neutralisierung der Kommando- und Kontrolleinrichtungen“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg Tausende arme Bauern in den Stellungen sterben, die als Wehrpflichtige dienten, um das Land zu verteidigen, in dem sie ihr ganzes Leben verbracht haben, ist das kein Sieg, sondern Mord.

Es werden Veteranen sein, welche die Proteste gegen diesen Krieg im Irak und eure Beteiligung daran vorantreiben. Während des Vietnam-Krieges weigerten sich Tausende sowohl in Vietnam wie in den USA, ihren Befehlen zu gehorchen. Viele wurden Kriegsdienstverweigerer, andere zogen es vor, ins Gefängnis zu gehen, als die Waffe gegen den mutmaßlichen Feind zu erheben. Während des vergangenen Golf-Krieges haben viele Soldaten in verschiedenen Formen und aus vielen unterschiedlichen Gründen Widerstand geleistet. Viele von uns, die aus diesen Kriegen zurückgekehrt sind, haben sich in der Bewegung gegen den Krieg zusammengeschlossen.

Wenn die Erdbevölkerung jemals befreit wird, ist dies, wenn Weltbürger zu sein Vorrang davor hat, Soldat einer Nation zu sein. Jetzt ist der Augenblick dafür gekommen. Wenn der Abmarschbefehl gegeben wird, wird euer Verhalten einen grundlegenden Einfluss auf das Leben von Millionen Menschen im Mittleren Orient und ihr Zuhause haben. Euer Verhalten wird den Verlauf unserer Zukunft bestimmen. Ihr werdet euch auf diesem Weg entscheiden müssen. Eure Kommandanten wollen, dass ihr gehorcht. Wenn ihr euch entscheidet, Widerstand zu leisten, werden wir euch unterstützen und an eurer Seite sein. Denn wir haben begriffen, dass unsere authentische Pflicht gegenüber den Menschen der Welt und unserer gemeinsamen Zukunft liegt.“

Originalfassung:
http://www.oz.net/~vvawai/CtC/ ■

Den Sumpf trockenlegen! Keine Häuser für Neonazis hier und überall!

DRESDEN. Um der Kampagne „Thormussweg“ Nachdruck zu verleihen, gibt es am Samstag, den 15. Februar eine kleine Demonstration zum „Thor“. Um 10 Uhr ist Treff am Elbcenter in Pieschen, um 11 Uhr ist eine Kundgebung vor dem „Thor“ geplant. Nach wie vor ist das „Thor“ der Ausgangspunkt vieler neonazistischer Aktivitäten und der Protest vor dem „Thor“ soll darauf aufmerksam machen, dass in diesem Haus Neonazis agieren, die seit Jahren in Dresden aktiv sind. Sie werden es auch bleiben, wenn sie nicht daran gehindert werden. Die „Thor“-Neonazis haben ihrerseits eine Demonstration für ihr gescheitertes Konzept der sogenannten „nationalen Jugendarbeit“ angemeldet. Um 12 Uhr wollen sich die Neonazis am Postplatz in der Innenstadt Dresdens treffen. Daher wird die Kundgebung am „Thor“ rechtzeitig beendet, um noch in die Innenstadt zu gelangen und die Neonazis mit ihrer menschenverachtenden Propaganda zu stören. Von 14 Uhr bis 16 Uhr gibt es eine Kundgebung von „Thor muss weg“ in der Innenstadt vor dem Kulturpalast (Wilsdruffer Straße). Hier besteht die Möglichkeit, sich bei Infoständen der Kampagne, heißen Getränken und guter Musik zu informieren oder auszuruhen. Diese Kundgebung ist auch Sammlungspunkt für eine anschließende antifaschistische Demonstration in Richtung Dresden-Neustadt. Dabei wollen wir einen Abstecher ins Hechtviertel machen und dort nochmals deutlich machen, dass wir die Anti-Antifa-Aktivitäten der Neonazis nicht akzeptieren werden! Kommt alle am 15. Februar! *info@thormussweg.de*
http://www.thormussweg.de ■

Neonazis rüsten für den „Tag X“

In der Neonaziszene kursieren seit einiger Zeit Aufrufe zum „Widerstand“ gegen den drohenden Irakkrieg. Unter dem Titel „Was tun am Tag X?“ schreibt etwa das Aktionsbüro Norddeutschland: „Es bestehen kaum mehr Zweifel daran, dass es wieder einen Militärschlag gegen den Irak geben wird. Wieder ein Krieg ums Öl. Wieder ein Krieg, der die globale Machtposition der Oneworld-Strategen unter Führung der USA weiter festigen soll.“ Am Tag des Angriffes auf den Irak, dem „Tag X“, soll mit den „Protestaktivitäten“ begonnen werden. Dabei sei der „Phantasie“ der neonazistischen Fußtruppen „kaum Grenzen gesetzt, Hauptsache, die Aktionen sind wirkungsvoll und setzen an den richtigen Stellen an“. Das Aktionsbüro macht daher auch gleich „Vor-

Die extreme Rechte in Frankreich und Europa

1. Teil : Rechtsextremismus in Europa - Ein Vorschlag analytischer Kategorien

Hätte man einigen bürgerlichen Medien in den jüngsten Monaten Glauben geschenkt, dann wäre das Beste, was man zur Bekämpfung rechtspopulistischer / rechtsextremer / neofaschistischer Parteien tun könnte, für ihre unbedingte Regierungsbeteiligung einzutreten.

Das ist kein Scherz – auch wenn die Schlussfolgerung vielleicht ein wenig zugespitzt ist. Ernst meinte es das französische konservative Nachrichtenmagazin ‚Le Point‘, als es in seiner Ausgabe vom 29. November 2002 die fünf Tage alten Ergebnisse der österreichischen Parlamentswahlen so kommentierte: „Der Sturz des Hauses Haider bestätigt, dass die Ausübung der Regierungsmacht für eine populistische Bewegung – die im Wesentlichen auf Protest und Demagogie aufbaut – eine tödliche Falle ist. Die österreichische Erfahrung ist es wert, andernorts in Europa überdacht zu werden. Sie zeigt, dass – weit mehr als moralische Verurteilungen – die spröden Anforderungen der Regierungsmacht das beste Mittel sind, um die extreme Rechte und ihre Heilsversprechungen zu disqualifizieren.“

Beherzigt man das Rezept, dann müsste man eigentlich das Experiment der italienischen Regierungskoalition aus Silvio Berlusconis „Forza Italia“, den angeblich geläuterten „Post-Neofaschisten“ unter Gianfranco Fini und der Lega Nord des Umberto Bossi überschwenglich begrüßen. Dürfte es sich doch demnach um ein besonders listiges Vorgehen handeln, um die drei Komponenten des Rechts-Rechts-Bündnisses dauerhaft zu diskreditieren und zu zerstören. Umgekehrt müsste man die Franzosen und Französinnen dafür tadeln, so dämlich gewesen sein, dem – im ersten Wahlgang erfoglreichen – Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen dann doch mit deutlicher Mehrheit den Weg ins höchste Staatsamt zu versperren.

Dieses Räsonnieren zeigt, auf welch schiefe Bahn man sich begibt, wenn man den oberflächlichen Pseudo-Analysen einer bestimmten bürgerlichen Presse folgt.

■ Erfolge und Rückschläge in mehreren EU-Staaten

Dennoch gilt es, eine Feststellung zu treffen: Die jüngsten Wahlen in Österreich (24. November 2002) und den Niederlanden (22. Januar 2003) haben bedeutende Rückschläge für zwei rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien mit sich gebracht, die in den vorausgehenden Monaten bzw. Jahren wichtige Erfolge feiern konnten. Die österreichischen „Freiheitlichen“ und die niederländische „Liste Pim Fortuyn“ (LPF) verloren jeweils knapp zwei Drittel ihrer vorherigen Mandate im Parlament.

In den 12 Monaten davor hatten solche und vergleichbare Parteien noch eine Serie von Wahlerfolgen. Im September 2001 schaffte die rassistische „Dänische Volkspartei“ den Sprung ins Parlament – und in die Regierung in Kopenhagen.

Seit den portugiesischen Wahlen vom 17. März 2002 regiert auch in Lissabon eine rechtspopulistische Formation, der Partido Popular, mit. Einen Monat später erhielt die französische extreme Rechte mit ihren beiden Kandidaten, Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret, 19,5 Prozent im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl. Und am 15. Mai 2002 schaffte es die Liste des, neun Tage zuvor erschossenen, Pim Fortuyn aus dem Nichts zur zweitstärksten politischen Kraft zu werden – und für sieben Monate zum Koalitionspartner der Christdemokraten des CDA. Damit gab es zum damaligen Zeitpunkt fünf Regierungskoalitionen in den 15 EU-Mitgliedsländern, an denen rechtspopulistische oder -extreme Parteien beteiligt waren: in Wien (seit Februar 2000), Rom (seit Mai 2001), Kopenhagen, Lissabon und Den Haag.

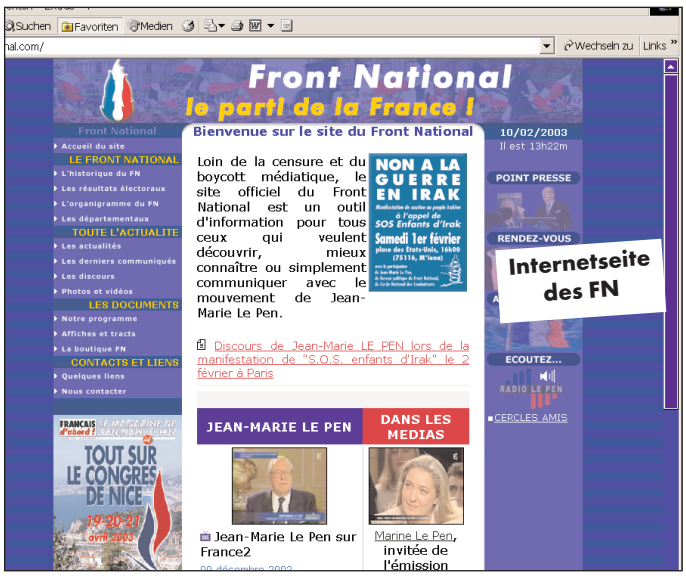
Doch im September 2002 platzte zunächst die österreichische Regierungskoalition, einige Wochen später auch die niederländische. Die Neuwahlen sollten jeweils auf Kosten des rechtspopulistischen oder -extremen Bestandteils der Regierungsbündnisse gehen.

Die späteren Niederlagen gilt es zu analysieren, ohne daraus vorschnell eine generelle Regel abzuleiten (wie ‚Le Point‘ dies beispielhaft in der oben zitierten Passage tat). Sie lassen entweder auf Strukturschwächen der jeweiligen Parteien schließen, – wie etwa im Fall der niederländischen LPF, die noch keine gefestigte und einheitliche Struktur aus dem geformt hatte, was zu Anfang vor allem ein Haufen von Karrieristen, Abenteurern und Glücksrittern war. Vor allem neu gegründete „populistische“ Parteien auf eher diffuser ideologischer Grundlage und ohne Kaderstruktur haben mit vergleichbaren Problemen zu kämpfen.

Oder aber die Erfahrungen des – zeitweiligen – Scheiterns lassen die Schlussfolgerung zu, dass die umgebende gesellschaftliche Situation für die entsprechenden Parteien auf Dauer ungeeignet ausfiel. Beispielsweise lässt sich wohl sagen, dass die sehr stabile soziale Situation in der Alpenrepublik und die Abwesenheit eines für sie günstigen europaweiten Kontextes – vor allem vielleicht das Fehlen ei-

nes gleichwertigen Partners beim größeren Nachbarn Deutschland – der FPÖ fürs Erste nicht hinreichend Nährboden geboten hat. Ein europaweiter Krisenkontext, der den Ruf nach rechtsautoritären Lösungen – jenseits des Rahmen dessen, was ohenhin durch Konservative und auch Sozialdemokraten überall praktiziert wird - lauter hätte werden lassen, hätte da völlig andere Ausgangsbedingungen geboten.

Möglicherweise liegt eine Ursache der Rückschlage insofern darin, dass es sich bei den betreffenden politischen Kräften um „Krisenparteien“ handelt, auf deren „Lösungen“ vorwiegend zur Verwaltung zugespitzter Krisen zurückgegriffen wird. Diese autoritäre Krisenbewältigung kam



aber – jenseits des ohnehin „üblichen“ konservativ-liberalen Maßes – im österreichischen Kontext nicht zum Zuge, zumal das kleine EU-Mitgliedsland sich den Forderungen einer auf Stabilitätspolitik pochenden EU-Kommission gegenüber sah. Dies führte zur wachsenden Ungeduld einer bestimmten kleinbürgerlichen Klientel, die historisch an die Erinnerung von NS-„Krisenlösungs“rezepten festhält – dieses historische Gedächtnis ist nun einmal in Österreich besonders ausgeprägt. Daher rührte ein gewisser Unmut innerhalb der FPÖ-Basis. Zugleich aber konnte die Partei in der gegebenen, politischen und sozialen Situation nicht wesentlich weiter über den Rahmen bürgerlicher Interessenpolitik hinaus gehen.

■ Unterschiedliche Kräfte rechts von den Bürgerlichen

Nicht alle jene Kräfte, die man – die Dinge unzulässig vereinfachend – in der Presse als „Rechtspopulismus“ bezeichnet, lassen sich analytisch unter einen Hut packen. Allzu grob vereinfachend ist der Begriff des „Rechtspopulismus“ deswegen, weil er vor allem die Methode in den Mittelpunkt stellt – also einen bestehende Unzufriedenheitspotenziale in der Gesellschaft (oft in demagogischer Weise) aufgreifenden, gegen die >politische Klasse< in ihrer traditionellen Form bündelnden Diskurs, der oftmals „uns da unten“ anzusprechen versucht.

Dabei handelt es sich aber lediglich um ein politisches Instrument. Im Übrigen qualifiziert der so verstandene Begriff des „Populismus“ nicht sämtliche, darunter gefassten Parteien in allen Momenten. So wurde etwa das „Phänomen Le Pen“ nach den Wahlerfolgen vom Frühjahr 2002 in der europäischen Presse oftmals unter dem Begriff des „Rechtspopulismus“ gleich mit verhandelt, obwohl wir es hier viel eher mit klassischem Neofaschismus – der allerdings in den letzten Jahren inhaltlich verwässert wurde, da sich die „Bewegung“ tendenziell auf eine Persönlichkeit reduziert hat – zu tun haben.

Jean-Marie Le Pen hat sich jedenfalls nicht zu jedem Zeitpunkt seines politischen Aufstiegs als ein „Populist“ im oben definierten Sinne verhalten. Als Jean-Marie Le Pen beispielsweise kurz nach dem Ausbruch der Kuwait-Krise im August 1990 die bisherigen (pro-atlantischen und auf den politischen Kategorien der Kolonialkriege beruhenden) Orientierungen seiner Partei über den Haufen warf und sich offensiv und explizit mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein solidarisierte, da hatte er die Mehrheit der Wählerschaft der eigenen Partei gegen sich. Damals folgte Le Pen nicht einfach einer Massenstimmung, sondern verfolgte eine gezielte Strategie. Diese beruhte auf der Annahme, dass es einerseits nötig sei, sich radikal von den Konservativen – die zur Front der Unterstützer der US-Kriegsmobilisierung zählten – abzugrenzen. Und dass andererseits nach dem Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Blockordnung der Antikommunismus allein keine weltpolitischen Orientierungsmuster mehr liefere, auf denen die Ideologie der Partei aufbauen könne. Stattdessen sei es möglich und notwendig, so dachte Le Pen damals, in radikaler Abgrenzung von Konservativen und Liberalen die bisherige (eher) prowestliche Orientierung aufzugeben, und sich mit radikalen Nationalisten gegen die liberale Variante des „vaterlandslosen (Finanz-)Kapitalismus“ zu verbünden. Damit ging Le Pen damals nicht unbedingt konform mit einer Massenstimmung.

Abstrahiert man also einmal von dem, eher mystifizierenden denn erklärenden, Begriff des „Populismus“, so lassen sich verschiedene Typen von Kräften rechts von den bürgerlich-konservativen Parteien ausmachen – möchte man sie nun als rechtsbürgerliche, rechtsautoritäre, rechte Bewegungs-, oder neofaschistische Parteien bezeichnen.

schläge, wo Protest ansetzen sollte“, nämlich bei „US-amerikanische[n] Einrichtungen jeglicher Art (da wir uns ganzheitlich gegen die globale US-Machtpolitik stellen, umfasst dies auch deren wirtschaftliche oder unkulturelle Auswüchse, wie z. B. bekannte US-Firmen oder Fast-Food-Ketten)“. Neben „Einrichtungen“ von (Regierungs-)Parteien werden auch noch jene Medien, „die offenkundig pro-amerikanische Kriegspropaganda betreiben bzw. diese unterstützen“ als Ziel genannt. Die Frage, wie „sich der Protest gestalten [kann]“, beantworten die Neonazis kryptisch: „Es gibt eine Reihe von gängigen Protestmöglichkeiten - Demos, Mahnwachen, Kundgebungen, Infotische, Flugblattverteilungen, Plakatieren - die vielerorts durchführbar sind. Daneben gibt es aber auch alternative Protestformen, auf die hier nicht spezieller eingegangen werden soll. Sprecht nicht lange über das, was ihr tun wollt, sondern tut es einfach ...“ Für etwaige Teilnehmer an Anti-Kriegs- und Pro-Irak-Demonstrationen bietet der neonazistische Wikingerversand (BRD) übrigens schon seit geraumer Zeit Irak- und Palästinaflaggen an.

Ochensberger vor neuen Taten

Nach seiner Haftentlassung im Dezember 2002 versucht der Vorarlberger Neonazi Walter Ochensberger, mit seiner Zeitschrift PHOENIX weiterzumachen. Jedoch werde sich, so Ochensberger in einem Brief an die „Kameraden“, die Herausgabe einer neuen Nummer „um einige Wochen verzögern“. Als Grund dafür gibt er die „noch nicht gesicherte Finanzierung“ an. Ochensberger verspricht in dem Schreiben, dass sich an der inhaltlichen Ausrichtung von PHOENIX nichts ändern wird: „Wir werden auch in Zukunft gegen alle Widerstände für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten.“ Einmal mehr macht er sich und seinesgleichen Mut: „Unser unermüdlicher Kampf um die geschichtliche Wahrheit und Freiheit zur Selbstbestimmung auch für unser deutsches Volk [...] wird von Erfolg gekrönt sein. Da sind wir uns ganz sicher! Wir stehen nicht allein, unsere Verbündeten sind alle unterdrückten und von USrael bevormundeten Völker, die sich an diesem größten und umfassendsten Befreiungskampf in der Menschheitsgeschichte beteiligen werden.“

Die österreichische Republik nennt Ochensberger in seinem Brief eine „Hurendemokratie unter USraels Herrschaft“.

DÖW - Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand, www.doew.at ■

Der „historische Moment“

Den folgenden Artikel zum Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland entnahmen wir: hagalil.com

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, haben am Holocaust-Gedenktag in Berlin erstmals einen Staatsvertrag unterzeichnet, der die Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Deutschland regelt. Mit dem Vertrag soll der Zentralrat für seine sozialen und religiösen Aufgaben drei Millionen Euro im Jahr erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Integration jüdischer Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Spiegel sprach von einem „historischen Moment“, der den politischen Willen von Regierung und Parlament, dass Juden in Deutschland leben, dokumentiere.

Im Vorfeld war vielfach davon die Rede, dass sich die jüdischen Gemeinden heute in einer Umbruchsphase befinden. Gemeint ist damit hauptsächlich der Einfluss der jüdischen Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion, die das Bild der Gemeinden umgekrempelt hat. Zur Regelung der unklaren Situation für die 12 liberalen Gemeinden in Deutschland trägt der Staatsvertrag jedoch nichts bei. Im Gegenteil, der Zentralrat wird als Vertretung aller deutschen Juden angesehen, egal, ob dieser eine Öffnung der Einheitsgemeinden für das liberale Judentum ermöglicht oder nicht.

Die „Weltunion des Progressiven Judentums“ behält sich daher den Rechtsweg vor, um notfalls darüber einen Anteil am Staatsvertrag zu erhalten. Es wäre auch anders möglich, wie beispielsweise in Niedersachsen. In Hannover wurde der Staatsvertrag zwischen dem Land und den Jüdischen Gemeinden um den Zusatz ergänzt, dass der liberale „Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden“ zehn Prozent der Fördersumme erhalte.

Ohne Zweifel ist die Unterzeichnung des Vertrages ein wichtiges Signal, eine gesetzliche Bestätigung der Verankerung jüdischen Lebens in der Mitte der deutschen Gesellschaft. Der Vertrag wird geschlossen, „geleitet von dem Wunsch, den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland zu fördern und das freundschaftliche Verhältnis zu der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu verfestigen und zu vertiefen“, wie es in der Präambel heißt. Leider wird er nicht mit historischem Verständnis für die Geschichte des deutschen Judentums, das einst die Geburtsstätte der Reformbewegung war, geschlossen.

aue / hagalil.com 27-01-03 ■

Zunächst einmal lassen diese Kräfte und Formationen sich grob nach Strukturmerkmalen ordnen. So finden wir:

- eher lose zusammengewürfelte Dilettantenhaufen wie die niederländische LPF (denen in Deutschland vom strukturellen Element her die verblichene „Statt Partei“ nahe kommen dürfte, bei der freilich der Rassismus keine so zentrale Rolle spielte), auf die das Etikett „populistisch“ wohl am ehesten zutrifft;
- reine Wahlparteien mit – außerhalb von Parlamentswahlen – eher geringer gesellschaftlicher Verankerung, die aber an Wahltagen von der Legitimationskrise der hergebrachten bürgerlichen Parteien profitieren;
- straff organisierte Aktivistenparteien, die auch nach echter Mobilisierung und Strukturierung einer sozialen Basis streben, wie dies auf den französischen Front National während (des größeren Teils) der 90er Jahre zutrifft;
- militante Kaderorganisationen, mit fließendem Übergang in das (jedenfalls potenziell) rechtsterroristische Umfeld, wie die deutsche NPD oder die französische Unité Radicale, die im August 2002 verboten wurde, aber am ersten Wochenende im April 2003 eine neue „politische Partei“ begründen will.

Neben diesen inneren Strukturmerkmalen gibt es aber auch inhaltliche Scheidelinien, entlang derer sich die unterschiedlichen Parteien einteilen lassen. Dabei lassen sich – grob gesprochen – die politischen Kräfte, die oftmals seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts rechts von den liberal-konservativen Parteien aufsteigen, zwei gegensätzlichen Polen zuordnen. Auf der einen Seite findet man Parteien, die eine Ein-Punkt-Programmatik bzw. (häufiger) ein aus zwei zentralen Punkten bestehendes Agitationsprogramm vertreten: gegen Immigranten sowie gegen Steuern und sozialstaatliche Kosten. Man kann sie als eine Art von verschärfendem Korrektiv zu den Konservativen und Liberalen betrachten.

Dieser Typus rechter Parteien lässt sich wiederum in zwei Untervarianten einteilen. Auf der einen Seite stünden demnach die außerhalb des bisherigen politischen Bürgerblocks stehenden, neuen politischen Kräfte, wie dies etwa auf die niederländische LPF zutrifft. Auf der anderern Seite hat man es aber auch oft mit „umgewandelten“ bürgerlichen Parteien zu tun, mit einer Entstehungsgeschichte ähnlich jener der deutschen „Republikaner“ (REPs), die 1983 aus einer Rechtsabspaltung der CSU heraus entstanden. Mitunter handelt es sich auch um „echte“ bürgerliche Parteien, die einfach einen vakant gebliebenen Platz auf der extremen rechten Seite des politischen Spektrums besetzen. So konnten die schwedischen Liberalen, indem sie einen vor allem gegen Immigranten und (besonders) gegen Einwanderer aus muslimischen Ländern gerichteten Diskurs übernahmen, bei den Wahlen im September 2002 ihren Stimmenanteil von davor circa 4 auf über 13 Prozent der Stimmen steigern. Die Abwesenheit einer starken, „authentischen“ rechtsextremen Partei machte dies möglich. Zugleich lässt sich die betreffende Partei an zahlreichen politischen Fragen weiterhin als eine klassische, bürgerliche Interessenpartei einordnen.

Dabei verfolgen solche Kräfte im Wesentlichen das Ziel, in der bürgerlichen Gesellschaft bestehende soziale Hierarchien noch zu vertiefen und gegen jene zu treten, die in ihr am weitesten unten stehen. Dieser Standort - „unten“ - wird aber nicht, wie bei sonstigen Liberalen, hauptsächlich durch den Geldbeutel definiert, sondern durch „natürliche“ bzw. biologisierte Faktoren wie den Geburtsort oder die Herkunft der Vorfahren. Dadurch schaffen solche Parteien es mitunter auch, einen nicht unbedeutenden Teil von Lohnabhängigen oder sozial eher schlecht gestellten Personen auf ihre Seite zu ziehen, die der festen Ansicht sind, eigentlich, ja eigentlich müsste es ihnen aufgrund ihrer „Qualitäten“ doch zustehen, in der Hierarchie der Konkurrenzgesellschaft deutlich weiter oben zu landen. So konnte die rassistische „Dänische Volkspartei“, die sicherlich eher zu diesem ersten Typus gehört, bei den Wahlen im September 2001 besonder dort Gewinne – bis zu einem Stimmenanteil von 20 Prozent – verbuchen, wo die Sozialdemokratie Wähler verloren hatte.

Die vorherrschende „ethnische“ Segmentierung des Arbeitsmarkts – auf dem die Arbeitsimmigration in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg dazu diente, die

am geringsten geschätzten Positionen aufzufüllen – hat zu einem solchen Zustand des Bewusstsseins mit beigetragen. Ebenso die doppelte Erfahrung, dass – einerseits – der in den kapitalistischen Metropolenländern einmal erreichte Lebensstandard weit höher liegt als in der übrigen Welt, andererseits aber, dass dieser Standard für die subalternen Klassen bereits wieder im Abbau begriffen ist. (Dabei ist es freilich das „heimische" Kapital, das diesen Abbau vorantreibt.) Für manche Individuen folgt aus dieser Situation der unbedingte Wille, den einmal erreichten Reichtum gegen „das Elend der Welt" zu sichern.

Solche politischen Kräfte sind in der Regel fundamental pro-westlich eingestellt und sehen den Feind in der Einwanderung, in der so genannten Dritten Welt und in der „Einkreisung" der reichen Metropolen. Dabei dient „der Islam", als ausgemalte globale Gefahr, als ideologische Chiffre, welche die Abscheu vor der „Barbarei" der armen (und oft vom Kolonialismus / Imperialismus ausgeplünderten) Länder mit jenem gegen die Anwesenheit von Immigranten auf dem europäischen Boden zu verbinden vermag. Das beinhaltet regelmäßig eine pro-amerikanische und in der Mehrzahl der Fälle auch eine klar pro-israelische Ausrichtung – und sei es nur, um auf diesem Wege jeden Vergleich mit Faschisten und den Nazis abschmettern zu können.

Eine spezifische Ausformung dieser, sozusagen, Metropolen-Rechten bildet die niederländische LPF. Deren Gründer - der Soziologe und Millionär Pim Fortuyn, der in den 70er Jahren auch einmal Marxist gewesen war, wegen seines ausgeprägten Egozentrismus aber früher in allen politischen Parteien angeeckt war – nahm bedeutende Versatzstücke der „niederländischen Liberalität" in seinen rassistischen Diskurs auf. Denn er kehrte die Verteidigung individueller, bürgerlicher Freiheitsrechte – wie sie in den höher entwickelten kapitalistischen Metropolen, mit hohem Lebensstandard und relativ gesicherter bürgerlicher Demokratie, im Laufe der Jahrzehnte durchgesetzt werden konnten – einfach gegen die Kultur muslimischer Länder als angeblich „tiefer stehender Kultur". Deren angeblich „an sich" freiheitsfeindlicher Charakter bedrohe jetzt den erreichten Standard individueller Rechte in Europa - und darüber spannte er den Bogen zur Anwesenheit von Einwanderern in den Niederlanden. Da der Hochschullehrer nicht nur Exzentriker, sondern auch bekennender Homosexueller war, wirkte dieses Bekenntnis zur „niederländischen Liberalität" glaubhaft genug. Nicht alle Rechtsparteien aber integrieren diese Verteidigung der individuellen Rechte gleichermaßen in ihren Diskurs, denn bei vielen hat jene des „christlichen Abendlands" Vorrang – die selbst oftmals gegen die Rechte von Homosexuellen und anderen Minderheiten gerichtet ist.

Einen Sonderfall in Europa stellen dabei freilich die Parteien des deutschsprachigen Raums (BRD, Österreich und Nordschweiz) dar. Denn bei ihnen spielt der Drang zur „Normalisierung" der Nation, den die Erinnerung an die NS-Vergangenheit blockiere, eine wichtige Rolle. (Im Falle der deutschsprachigen Schweiz ist die Erinnerung an die Kollaboration der Banken mit NS-Deutschland, die vor wenigen Jahren an's Tageslicht kam und die Eidgenossenschaft ins internationale Zwielicht brachte, sowie an die Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge an den Grenzen im Zweiten Weltkrieg, die abgewehrt werden soll.) Daraus resultiert ein so genannter sekundärer Antisemitismus, der den Juden vorwirft, die Erinnerung an vorausgegangene Verbrechen am Leben zu erhalten, welche das Ansehen der Nation beschmutze. Diesen können sich auch „eigentlich" bürgerliche Parteien wie der Möllemann-Flügel der FDP oder die Schweizer SVP unter Christoph Blocher (eine Partei rechtsbürgerlicher Herkunft, die aber einige wesentliche Charaktermerkmale rechtsextremer Parteien angenommen hat) zunutze machen.

Am entgegengesetzten „Pol" finden wir hingegen Parteien, die auf der Erscheinungsebene eher als „revolutionäre" Rechte – der Ausdruck für den historischen Prä-Faschismus stammt von dem linken israelischen Historiker Zeev Sternhell – betrachtet werden (wollen). Diese Parteien reden nicht nur einer etwas verschärften Gangart gegen jene, die ohnehin sozial „unten" stehen, das Wort. Sie wettern auch gegen die dominierenden gesellschaftlichen Eliten, oder jedenfalls einen Teil von ihnen. Allerdings tun sie dies unter Zuhilfenahme der gleichen argumentativen Grundform, die auch den vorher beschriebenen Rassismus und Sozialdarwinismus prägt, nämlich auf der Basis biologisierter Kriterien wie Abstammung, „Rasse", Geburt. Dadurch wollen sie die Nation (oder Europa) nicht nur gegen „unten" und gegen „außen" abgrenzen – wie die Vertreter der oben genannten politischen Kräften -, sondern nach allen Seiten hin hermetisch dicht machen.

Der Antisemitismus und verschwörungstheoretische Zugaben, gegen finstere konspirative „Lobbys" etwa, erlauben, was das Ein-Punkt-Programm des Diskurses gegen die Immigranten allein – das mit konservativer Politik und Hegemonie noch grundsätzlich vereinbar bleibt - nicht vermag. Es ermöglicht, eine alle möglichen gesellschaftlichen Aspekte umfassende, in sich geschlossene Gesellschaftstheorie und eine vermeintliche „revolutionäre Alternative" zu stiften. Wenn es darum geht, die Nation nach allen Seiten hin gegen äußere UND innere „Feinde" abzuriegeln, dann richtet sich dies auch gegen bürgerlich-demokratische Teile der Eliten, und gegen die Keime der „Subversion" innerhalb der herrschenden Gesellschaftsordnung selbst. Oftmals lässt sich die Quelle solcher drohenden „Zersetzung" benennen: Es handelt sich um das, was Jean-Marie Le Pen jahrelang – in jüngerer Zeit leicht abgeschwächt – als „die Lobbies" angreift: also die Vertreter von Geheimgesellschaften (dabei spielen auf der französischen extremen Rechten bis heute die Freimaurer eine wichtige Rolle) und, selbstverständlich, die Juden. Die entsprechende Paranoia geht im Le Pen'schen Diskurs so weit, dass er beispielsweise im Januar 1993 auch in der modernen Kunst die Keimzellen der Subversion angreifen wollte: „Die moderne Kunst ist ein Komplott, das darauf abzielt, das Inviduum vom Wahren, vom Guten und vom Schönen abzugrenzen und es dadurch zum manipulierbaren Roboter zu machen. Brechen wir mit diesem Komplott." Selbstverständlich spielen in den Augen der extremen Rechten jüdische Künstler und Intellektuelle eine besondere Rolle als Agenten der „Zersetzung", auch wenn sie nicht allein sind. Vermutet man hinter ihnen doch den Ursprung des Kommunismus (festgemacht an der Herkunft von Karl Marx oder Leo Trotzki) ebenso wie des „vaterlandslosen Finanzkapitalismus".

Auf dieser Grundlage kann man noch weit effektiver um die Verlierer der Gesellschaft werben und eine auf Dauer von den bürgerlich-konservativen Parteien autonom auftretende, „gehärtete" politische Kraft aufbauen. Solche politischen Kräfte schmücken sich oftmals auch mit anti-westlichen ideologischen Versatzstücken und erklären sich die bestehende internationale Hierarchie auf verschwörungstheoretische Weise. Ihr Masseneinfluss wächst oftmals auf der Grundlage einer ideologischen Krise oder eines Niedergangs der Linken.

weiter S. 12

Beispiele für das erstgenannte „Modell" bietet etwa die Mehrheitsströmung

Haider erneuert Europapläne

Österreich. Nach der Niederlage der FPÖ bei den Nationalratswahlen wendet sich Jörg Haider nun offenbar neuen Ufern zu und konkretisiert seine Europapläne. Nach Informationen der Tageszeitung „Kurier" plant er bereits für die EU-Wahl 2004 eine gemeinsame Kandidatur mit dem belgischen Vlaams Blok, der italienischen Lega Nord und anderen Parteien der europäischen extremen Rechten.

Erst im letzten Juli hatte in Kärnten ein Treffen zur Vorbereitung eines solchen Projekts stattgefunden.

Newsletter der Rosa Antifa Wien, www.raw.at, Quelle: http://www.kurier.at ■

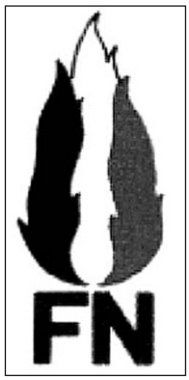
der italienischen „Postfaschisten“ der Alleanza Nazionale, die mit dem Wirtschaftsliberalen Silvio Berlusconi liiert ist. Auch die so genannte Schill-Partei, die PRO (Partei Rechtsstaatliche Initiative) in Deutschland, dürfte zweifellos zu diesem Spektrum zu rechnen sein. Hingegen gehören Kräfte wie die NPD eher zur zweiteren Variante. Wo aber steht der französische Front National, als diejenige bis heute erfolgreiche rechtsextreme Kraft in Westeuropa, deren Durchbruch als Massenpartei – jedenfalls bei Wahlen – am frühesten erfolgte, nämlich 1983/84? Die richtige Antwort müsste lauten: auf beiden Polen gleichzeitig. Damit ist auch schon etwas über die Gründe seines Erfolgs ausgesagt.

2. Teil : Der Front National, oder : Die Variationsfähigkeit einer rechtsextremen Partei

Denn in aufeinander folgenden Phasen hat die Partei beide Diskurse erfolgreich angewandt: Der FN der 80er Jahre war eher national-konservativ ausgerichtet und zog den rechten Rand der konservativen Wählerschaft an. Hingegen gelang ihm es in den 90er Jahre, unter Arbeitern und Erwerblosen Anziehungskraft zu entwickeln – vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der realsozialistischen Referenz, die im KP-Milieu bis 1989 wirksam geblieben war, und der Bekehrung der französischen Sozialdemokratie zu Marktwirtschaft und „ökonomischem Realismus“. Heute kann Le Pen auf wahlpolitischer Ebene auf beide Erfolgsgrundlagen gleichzeitig bauen. Allerdings bleibt der Erfolg zum jetzigen Zeitpunkt prekär.

Ein Hauptgrund dafür ist, dass zwar Le Pen als „starker Mann“ diese – unter sich widersprüchlichen – Erwartungen bündeln kann, der Partei jedoch seit ihrer Spaltung 1999 die Kader fehlen (oder jedenfalls jahrelang fehlten), um vor Ort ein gesellschaftliches Publikum dauerhaft bei der Stange zu halten. Angesichts der Parteispaltung 1999 behielt Le Pen die Ausstrahlungskraft auf die Wähler. Aber Bruno Mégret nahm die Kader mit, die - mit Gewerkschafts- und ähnlicher sozialer Wühlarbeit – dem Neofaschismus als im konkreten sozialen Leben verankerter Kraft dauerhafte Stabilität zu verleihen suchten. Mit kaum bekannten und unerfahrenen örtlichen Vertretern hat die extreme Rechte daher bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 ein Drittel der Stimmen wieder eingebüßt, die Le Pen im April 2002 zur Präsidentschaftswahl sammeln konnte.

Der Gründer des, im Oktober 1972 aus den Resten von Hardlinergruppen aus dem Algerienkrieg, Vichy-Veteranen und rechtsextremem Studentenmilieu gegründeten FN hat in seiner Biographie tatsächlich unterschiedliche weltpolitische Orientierungen abwechselnd vertreten. 1956 als jüngster Abgeordneter – für eine kleinbürgerliche Anti-Steuer-Partei, die „Poujadisten“ – ins Parlament gewählt, nahm er im selben Jahr freiwillig am französisch-britisch-israelischen Überfall auf Ägypten teil, das zuvor den Suezkanal nationalisiert hatte. Ein Jahr später folterte er im Algerienkrieg. Aus dieser Zeit hatte Le Pen außenpolitische Sympathien für Israel, das damals Frankreichs enger Verbündeter in der Nahost-Region war, behalten. Le Pen, der auf einem Auge blind ist – heute trägt er ein Glasauge – trug in den 60er und 70er Jahren lange eine Augenbinde, und verglich sich deswegen vor seinem Publikum gerne mit dem israelischen Haudegen Mosche Dayan. Das bedeutet nicht, dass er kein Antisemit gewesen wäre – das war er vermutlich immer. Nur, da er einerseits fest von einer großen internationalen Macht „der Juden“ überzeugt war, mit denen man sich besser gut stelle, und andererseits den Staat Israel für eine gute Möglichkeit hielt, die jüdische Bevölkerung aus Europa loszuwerden, hielt er international einen klar pro-israelischen Kurs.



Die Flamme ist das Symbol des FN wie auch der italienischen Alleanza Nazionale

Die gesellschaftliche Basis der FN-Wahlerfolge wechselte im Laufe der Jahre. Während der ersten Hälfte der 80er Jahre beruhte der Durchbruch des Front National als Wahlpartei (bei den Kommunalwahlen 1983 und den Europaparlamentswahlen 1984) vor allem auf traditionell konservativ orientierten Schichten, die den bürgerlichen Parteien den Rücken kehrten. Ursache dafür war der Niedergang eines bedeutenden Teils der traditionellen Mittelschichten (Kleinunternehmer, Handwerker, Freiberufler, selbständige Landwirte), die in Frankreich länger erhalten geblieben waren als etwa in der benachbarten BRD – u.a. weil die Großbourgeoisie lange Zeit auf sie Rücksicht genommen hatte, um sie als soziales Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung und die „Revolutionsgefahr“ zu erhalten. Doch mit der zunehmenden europäischen Integration der Ökonomien kamen diese Schichten ab den späten 70er Jahren unter die Räder. Die bürgerlichen Parteien verloren an Integrationskraft. In einem verzweifelten Aufbäumen demonstrierten viele - politisch reaktionäre – Angehörige diese traditionellen Mittelschichten in den frühen 80er Jahren. Das ideologisch sinnstiftende Band gab dabei die Mobilisierung für den Erhalt der katholischen Privatschulen in den Jahren 1983/84 an. In dieser Zeit konnte der Front National diese konservativ-rückwärts gewandte Mobilisierung ausnutzen, und rechts von den Konservativen politisch Fuss fassen. Damals bezog er sich vor allem positiv auf die katholische Kirche, auf US-Präsident Ronald Reagan und seinen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, und malte als Gefahr vor allem „den Islam“ bzw. „die islamische Invasion aus der Dritten Welt“ an die Wand.

Das Profil einer autoritären, aber klar pro-westlichen Rechten wurde in den späten 80er Jahren in Frage gestellt, als Le Pen sich in einem Fernsehinterview im September 1987 – etwas unbedacht – zu den Thesen der Geschichtsrevisionisten bekannt hatte. Prompt wurde sein Israel-Besuch annulliert, den er vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1988 absolvieren wollte; zuvor hatten seine antimuslimischen Tiraden auf der israelischen Rechten einigen Widerhall gefunden, wo man ihn 1987 mit Ariel Sharon verglich. Auch eine Teilnahme am Parteitag der britischen Konservativen unter Margeret Thatcher, der bereits vereinbart war, musste abgesagt werden. In der Folgezeit wechselte Le Pen auf ein anderes Standbein. Von da ab hielt er sich mit derben antisemitischen Aussprüchen nicht zurück, die oftmals an den Ausdruck von Verschwörungstheorien gekoppelt waren.

Mit Beginn der Golfkrise, im Spätsommer 1990, überraschte Le Pen selbst alte Kämpfer seiner Partei, von denen einige – besonders Algerienkrieger – hinter den Kulissen protestierten, indem er nicht für die US-geführte Kriegsallianz Partei ergriff, sondern für den irakischen Diktator Saddam Hussein. Doch dieser Positionswechsel war Teil einer Strategie, die darauf abzielte, sich den nach dem Mauerfall erwachenden ethnischen Nationalismen und Identitätsbewegungen als Alliierter anzubieten. In dieser Hinsicht war Le Pen stets sehr ökumenisch: Er verstand es beispielsweise, zu FN-Kongressen sowohl kroatische

Antifaschistisches Blatt
Info Neu
Nr.58 | 1/2003
Schwerpunkt
Die Entschädigungsdebatte
NS-Szene
Völkische Jugendarbeit
Antifa
AA/BO-Rückblick
Internationales
Südafrika, Schweiz
und vieles mehr...
Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/nadir/periodika/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Ultranationalisten (von der HSP des Doboslav Paraga) als auch serbische, von der „Radikalen Partei“ SRS, des Vojslav Seselj, gleichzeitig einzuladen. Auf theoretische Kohärenz ist man in solchen Kreisen ja weniger bedacht – die Hauptsache ist, dass die jeweiligen Gegenüber autoritär und sind und die „Identitätssuche“ als politisches Anliegen befürworten.

Auch das soziale Publikum des FN änderte sich, als die Partei in den frühen 90er Jahren die Sozialdemagogie in ihrer Programmatik stärker entwickelte. Im Parteiprogramm wurde nun nicht mehr vor allem versprochen, soziale Errungenschaften zurückzudrehen, sondern deren Ausbau wurde in Aussicht gestellt. Dabei wurden alle sozialen Versprechungen natürlich mit Rassismus verbunden: Den „eigenen“, den nationalen Arbeitern sollte das gegeben werden, was man den Immigranten und denen, die nicht zur Nation gehören sollten, wegzunehmen versprach. Diese Phase fand ihren Höhe- und bisherigen Schlusspunkt in den Jahren 1996/97, als die neofaschistische Partei sich um die Gründung eigener Pseudo-Gewerkschaften bemühte. Diese wurden jedoch 1997/98 durch Gerichtsurteile beiseite geräumt. In der Folgezeit begann die Phase der Parteispaltung und der Kampf um den Apparat.

Die Basisaktivitäten sind seitdem tendenziell zum Erliegen gekommen, auch wenn in neuester Zeit Versuche unternommen werden, wieder daran anzuknüpfen.

In den Jahren 1999 bis 2002 lebte der Rest-FN vor allem von der persönlichen Aura des alternden Jean-Marie Le Pen. Vielleicht ist er dadurch aber umgekehrt vielen als weniger gefährlich erschienen, so dass er im April 2002 auf Wahlebene nochmals zulegen konnte – auch wenn der Erfolg nicht von Dauer blieb. Denn die Parlamentswahlen im Juni 2002 markierten bereits einen Rückschlag. Seit dem Herbst 2002 bringt die große Mehrheit der „Teilwahlen“ (in Frankreich wird jedes Mal auf der Ebene eines Wahlkreises neu gewählt, wenn der Inhaber seines Parlamentssitzes sein Mandat aus irgendeinem Grunde niederlegt) einen Rückgang der FN-Stimmen gegenüber dem vorher erreichten Stand mit sich. Die stark rechtslastige Regierungspolitik in Sachen „Innere Sicherheit“ mag dazu ihr Teil beitragen.

Seit der Phase 1999/ 2002 ist die gesellschaftliche Basis der FN-Erfolge diffuser, sein Profil verschwommener. Zum Teil zehrt er sicherlich noch von der davor erarbeiteten „Aura“ seines Chefs. Die Zukunft der Partei ist derzeit ungewiss, zumal sich seit einigen Tagen nunmehr drei Protagonisten um das Erbe des Jean-Marie Le Pen streiten. Doch dazu mehr und ausführlicher in der kommenden Ausgabe der AN.

Bernhard Schmid, Paris ■

Asyl in Deutschland: 10 Jahre im Rückblick

Berlin. Durch staatliche Maßnahmen starben viermal mehr Menschen als durch rassistische Übergriffe. Dies ist das Ergebnis der neu erschienenen zehnten Auflage der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“, in der über 3000 Einzelschicksale beschrieben werden. „Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je“, resümiert die Antirassistische Initiative (ARI).

(klarer Fall von behördlichem Herversagen)

137 Flüchtlinge starben nach der Dokumentation auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 106 an den deutschen Ost-Grenzen; 389 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 229 an den deutschen Ost-Grenzen – die offiziellen Zahlen von 2002 liegen dabei noch nicht mal vor. 111 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen; davon 45 Menschen in Abschiebehaft. 385 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen; davon befanden sich 243 Menschen in Abschiebehaft.

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung, und 206 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. 18 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens 337 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert. 44 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos. 10 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 272 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt. 57 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 582 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 11 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

„Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 281 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe starben 68 Flüchtlinge“, zieht die ARI bittere Bilanz.

Die Dokumentation ist bei der ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin auf Papier (DIN A4, 265 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom zum Preis von 10 Euro (bei Versand: plus 1,60 EUR für Porto & Verpackung) erhältlich und ab Februar im Internet verfügbar: www.berlinet.de/ari/titel/htm ■

Türkische Gemeinde: Besser kein Zuwanderungsgesetz

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, wandte sich mit der Forderung an die Bundesregierung, kein Zuwanderungsgesetz zu beschließen, falls die Vorschläge der CDU/CSU, die im Innenausschuss des Bundesrates beschlossen worden sind, in das neue Zuwanderungsgesetz einfließen sollten.

Der Innenausschuss des Bundesrates hat beschlossen, dass Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr nach dem Geburtsortprinzip erhalten, sondern nur dann, wenn ein Elternteil in Deutschland geboren ist. Nach der jetzigen Rechtslage werden Kinder ausländischer Eltern Deutsche, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren in Deutschland lebt und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat. „Dies ist Rückkehr zum mittelalterlichen Staatsbürgerschaftsverständnis“, sagte Kenan Kolat.

Der Vorschlag, das eigenständige Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten von 2 Jahren auf 4 Jahre zu erhöhen, sei eine Aushöhlung der Rechte insbesondere ausländischer Ehefrauen. Die Einführung eines „Eintrittsgeldes“ in Höhe von 1.500 Euro für nachziehende Ehegatten ist nicht nur absurd, sondern wahrscheinlich verfassungswidrig, so Kolat. Auch die finanzielle Beteiligung an den sog. Integrationskursen durch den Bund und den Teilnehmer ohne eine soziale Differenzierung sei verfassungsrechtlich bedenklich, so Kolat weiter.

Die nochmalige Absenkung des Nachzugsalters auf 10 Jahre sei diskriminierend.

Kenan Kolat appellierte an die Bundesregierung, in diesem Falle auf ein Zuwanderungsgesetz besser ganz zu verzichten.

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. Almanya Türk Toplumu, TGD, www.tgd.de ■

Von Kriegskindern und Bombenopfern

Die Jugendlichen aus dem Geschichtskursen der Oberstufe des Petrinum-Gymnasiums in Recklinghausen schweigen einen Moment. Dann wollen sie vom Autor Jörg Friedrich („Der Brand“) vor allem wissen: „Birgt seine Beschreibung nicht die Gefahr der Aufrechnung? Opfer des NS-Terrors gegen Bombenkriegs-Opfer? Der Gleichsetzung gar?“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 25. 01. 03)

Gegenwärtig werden wir mit einer Fülle von Betrachtungen über den Bombenkrieg gegen Deutschland und seine „Kriegskinder“ bedacht, wobei das Buch von Jörg Friedrich besonders hervorsticht. Beim Lesen dieser Betrachtungen kommen auch Kriegskindern ähnliche Gedanken wie den Recklinghäuser Schülern von heute. Es sollten daher auch Kriegskinder zu Wort kommen, die sowohl NS-Opfer als auch Zeitzeugen des Bombenkriegs und Kenner ihrer Ursachen gewesen sind. Es sollte auch Helmuth Hübener zu Wort kommen.

Ein 17-jähriger hat in Hamburg - mitten im Krieg - ein Flugblatt herausgegeben, um seine Altersgenossen anzusprechen, die Kriegskinder, wie sie später genannt wurden: „Das ist also die weit und breit gepriesene HJ: Eine Zwangsorganisation ersten Ranges zur Heranziehung nazihöriger Volksgenossen. Hitler und seine Komplizen wissen, dass sie euch von Anfang an den freien Willen nehmen müssen, um gefügige, willenlose Elemente aus euch machen zu können. Denn Hitler weiß, daß seine Zeitgenossen ihn langsam zu durchschauen beginnen, ihn den Unterdrücker freier Nationen, den Mörder von Millionen. Darum rufen wir euch zu: Laßt euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen.“ Für solche Worte musste der Verfasser sterben.

In der Begründung des Todesurteils wurde dem Verfasser, dem Lehrling in der Sozialbehörde Helmuth Hübener bescheinigt: „Die Überprüfung seines allgemeinen Wissens, seiner politischen Kenntnisse und seiner Urteilsfähigkeit sowie sein Auftreten vor Gericht und sein Gehaben ergaben durchweg das Bild eines geistig längst der Jugendlichkeit entwachsenen frühreifen jungen Mannes. Damit war der Angeklagte wie ein Erwachsener zu bestrafen“. Die Todesstrafe sei auch deshalb notwendig, weil die Gruppe die Flugblätter „in einem Arbeiterviertel einer Stadt verbreitet hat, in der zufolge der schweren Luftangriffe, denen diese ausgesetzt ist, die Gefahr einer zersetzenden Wirkung besonders groß ist, zumal nach den Bekundungen des Kriminalbeamten M. auch heute noch nicht davon gesprochen werden kann, dass der Marxismus in Hamburg völlig ausgerottet ist.“

Zwei Hauptbegründungen für das grausame Urteil wurden also hervorgehoben. Der jüngste vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode Verurteilte, der am 27. Oktober 1942 mit dem Fallbeil in Plötzensee hingerichtet wurde, hatte der arbeitenden Bevölkerung – in einem „marxistischen“ Stadtteil – die Wahrheit über ihre Lage gesagt und zugleich die Ursachen für die schweren Bombenangriffe auf Hamburg verdeutlicht, die bei Deutschland lagen: „Churchill sagte: Wenn es sein muss, bringen unsere tapferen Bombenflieger Tod und Verderben über Nazi-Deutschland! Wir wünschen es nicht, haben es nie gewollt, doch der Tod vieler tausender hingemordeter Menschen in Rotterdam, Belgrad und nicht zuletzt in Frankreich, Norwegen und Polen, das Blut vieler freiheitsliebender Brüder in dem durch Gestapo-Terror niedergehaltenen Europa darf nicht ungesühnt bleiben.“ Der Jugendliche hatte ausgesprochen, was bis heute gern verdrängt wird – erst jetzt wieder in einem Buch über die Bombardierungen durch die Westalliierten und in Studien zu den „Kriegskindern“ – dass der Bombenkrieg von Deutschland ausgegangen war, dass Hamburg und Dresden und die anderen Städte in Deutschland unversehrt geblieben wären, wenn der Krieg der Nazis verhindert worden wäre.

Dabei kam es erst ein dreiviertel Jahr später zu den schwersten Bombardierungen der Hansestadt. Im Juli/August 1943, fast ein Jahr nach Hübeners Tod, wurden die Wohnung seiner Großeltern, ja ganz Hammerbrook und Rothenburgsort zerstört. Unter den Toten weniger Tage waren auch seine Großeltern und seine Mutter. Viele derjenigen Nachbarn, die Hübeners Flugblätter bei der Polizei abgegeben hatten, überlebten dieses Jahr nicht. 30.000 Menschen aus Hamm, Hammerbrook und Rothenburgsort und anderen Stadtteilen starben in einer Nacht. Insgesamt kamen 55.000 Menschen in Hamburg durch Bombeneinwirkung ums Leben. Wer heute durch die Stadtteile Hamm, Hammerbrook und Rothenburgsort geht, findet an fast jedem Haus die Tafel „Zerstört 1943, wiederaufgebaut 195..“ Diese Tafeln bestätigen die Warnungen Hübeners.

Auch die Interessiertheit des großen Geldes an Krieg und Bombardierungen thematisierte Hübener in einem Flugblatt von 1941: „Wenn die R.A.F. jemals dazu kommt, Berlin zu bombardieren, will ich M e i e r heißen, sagte er (Göring) zu Beginn des Krieges. Heute zeigen die Straßen Berlins schon deutliche Spuren der britischen Luftoffensive. Doch Göring ist immer noch Göring – und er freut sich, daß er es ist. Und dann das allzu beliebte Schlagwort: 1000 für eine! Auch ein blendender Reinfall; denn heute ist die deutsche Luftwaffe zufrieden, wenn sie die Insel überhaupt noch einmal überfliegen kann, ohne dabei durch die Abwehr

schwere Verluste und blutige Köpfe erleiden zu müssen. Wohl kann der Luftmarschall der Nazis noch immer eine horrende Dividende – er ist eben ein gerissener Kriegsgewinnler und Geschäftsmann – aus seinen Rüstungswerken ziehen, doch der Traum von der uneingeschränkten, immer zunehmenden Luftüberlegenheit seiner Fliegerarmada geht dem Ende immer mehr entgegen. Es wird ein böses Erwachen geben.“

Schon im Sommer 1941 brachte Helmuth Hübener diesen kurzen Text auf Streuzetteln unter die Leute: „Hitler hat die alleinige Schuld. Durch den uneingeschränkten Luftkrieg wurden bisher mehrere Hunderttausende wehrlose Zivilpersonen getötet. Die R.A.F. ist nicht schuld an diesem Morden! Denn ihre Flüge sind nur die Vergeltung für den mit Warschau und Rotterdam durch die deutsche Luftwaffe eingeleiteten Mord wehrloser Frauen und Kinder, Krüppel und Greise.“

Ulrich Sander ■

Literatur: Ulrich Sander: Jugendwiderstand im Krieg - Die Helmuth Hübener Gruppe 1941/42, Bonn 2002.
„Die NS-Zeit in den Erinnerungen der Enkelgeneration“ (Frankfurter Rundschau 1.7.02 über „Opa war kein Nazi“, Fischer Ffm 2002.)
„Kriegskinder der Generation 1932 bis 1948 beginnen ihre Albträume aufzuarbeiten“, Frankfurter Rundschau 20.12.02 und „Kriegskinder“ www.mdr.de/fakt/archiv und www.weltkrieg2kindheit.de sowie „Trauma und Tabu“ über Jörg Friedrichs neues Buch „Der Brand“

Anklage gegen ehemaligen Thüringer Vertriebenenchef

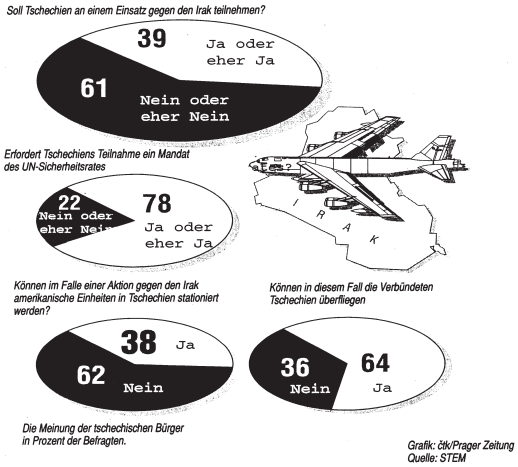
ERFURT. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat den ehemaligen Landesvorsitzenden des thüringischen Bundes der Vertriebenen, Paul Latussek, wegen Volksverhetzung angeklagt. Ihm wird eine Passage in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Verbandstag am 9. November 2001 in Arnstadt zur Last gelegt. Latussek hatte laut Anklage damals in einem Atemzug von „Lügen über Katyn und Jedwabne und die Aussagen über die Opfer in Auschwitz“ gesprochen, die nicht zu halten seien. In Auschwitz habe es nicht sechs Millionen, sondern 930.000 Opfer gegeben. Damit hatte der auf dem Verbandstag mit 97,4 Prozent der 230 Delegierten als Vorsitzender wiedergewählte Latussek in der Öffentlichkeit eine Welle der Entrüstung ausgelöst. Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte daraufhin erklärt: „Wer Auschwitz leugnet, wer Auschwitz relativiert, der kann kein Gesprächspartner der Thüringer Landesregierung sein.“ Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, nannte Latusseks Äußerungen „sehr unerträglich“.

Der Bundesverband enthob ihn seines Amtes als Vizepräsident, und am 12. Dezember 2001 trat Latussek auch vom Landesvorsitz in Erfurt zurück. ■

Mehrheit der Tschechen gegen Kriegsteilnahme

„Wenn Sie Europa meinen, dann denken Sie an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denke, das ist das ‚alte Europa’. Wenn Sie aber das heutige gesamte Europa der NATO anschauen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten. (…) Sehen Sie sich die riesige Zahl anderer Länder in Europa an. Sie sind nicht auf der Seite Frankreichs und Deutschlands in dieser Sache, sie stehen auf der Seite der Vereinigten Staaten.“

Mit „Sache“ meinte US-Kriegsminister Donald Rumsfeld den Krieg gegen Irak. Und zu der „riesigen Zahl anderer Länder“ zählt er mit Sicherheit die Tschechische Republik. Deren Spitzenpolitiker – Präsident Havel, Premier Spidla und Verteidigungsminister Tvrdík – hatten den USA schon beim Nato-Gipfel im November weitreichende Zusagen gemacht. Jetzt fassten die Regierung und die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten die entsprechenden Beschlüsse für die Teilnahme am Krieg. Hundert zusätzliche ABC-Experten wurden bereits nach Kuwait entsandt, um die dort stationierte 250-köpfige tschechische ABC-Waffen-Spezialeinheit aufzustocken.



Die Bevölkerung ist allerdings mit großer Mehrheit gegen die Beteiligung am Krieg. Das geht aus den Ergebnissen einer STEM-Umfrage hervor, die in der obigen Grafik (aus der Prager Zeitung) dargestellt sind.

Aus: DTN Nr. 46, 28.1.03 ■

:ostritt

Otto von Habsburg gibt dem Deutschen Ostdienst ein Interview. Die Überschrift verrät schon das, was da kommen wird. Die Aussage „Vertreibung war Sieg Hitlerischer Prinzipien“, negiert jede Überlegung von Ursachen und Folgen. Der Möchtegern Monarch will die Ostgrenzen weiter „verschieben“:

„Nach meinem Geschmack geht die Erweiterung viel zu langsam. Wir hätten schon längst die Staaten aufnehmen können, aber gewisse Regierungen haben den Prozess bewusst verzögert … für mich ist die Europäische Union in erster Linie eine Sicherheitsgemeinschaft. Wir wissen nicht, was noch auf uns zukommt und die Anzeichen aus Russland beispielsweise lassen nicht viel Gutes hoffen. Deshalb gilt für uns, je weiter wir die Grenzen des Friedens und der Freiheit nach Osten verschieben, desto sicherer ist die Mitte.“

Zur Aufnahme von Tschechien und den Benes-Dekreten hetzt er: „Wenn wir die Tschechische Republik nun aufnehmen, höhlen wir unser eigenes Rechtssystem aus. Und auch die Tschechen machen sich unglaubwürdig … Wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bemühungen, die Tschechen aufzufordern, jene Dekrete fallen zu lassen, die die Vertreibung der Deutschen und Ungarn aus Böhmen und Mähren betreffen.“

Dass der Habsburger die Türkei nicht in der EU haben will überrascht nicht weiter. Dass er aber ein Anhänger des Osmanischen Reiches ist, ist doch wundersam: „Wäre das Osmanische Reich nach dem ersten Weltkrieg nicht zerschlagen worden, hätten wir heute viele Probleme im Nahen Osten gar nicht. Beispielsweise ist der Irak ein künstlicher Staat der aus den Trümmern des osmanischen Reiches gegründet wurde. Daraus resultieren viele Probleme heute. Wenn wir die Türkei nun aus diesem Raum herausholen, dann hat das Folgen sowohl für uns, die Europäische Union als auch für den vorderasiatischen Raum … Ich war immer ein Verfechter der Türkei als Brücke.“

Der Ostdienst dokumentiert einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur EU-Osterweiterung, in dem den Vertriebenenverbänden eine „Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten“ zugeschrieben wird.

Der Ostdienst berichtet, das in Alsfeld im Rahmen der Feierstunde zum Volkstrauertag ein Gedenkstein enthüllt wurde, der Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigt.

DOD 1/2003 - jöd ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

USA als Gegner?

Junge Freiheit Nr. 6/03 vom 31. Januar 2003

Alain de Benoist fungiert diesmal als Leitartikler. Er befasst sich mit dem Problem der zunehmenden Differenzen zwischen den USA und einigen europäischen Staaten und wittert ein perfides Vorgehen der USA: „Gegenüber Europa drängt Washington auf eine möglichst schnelle Erweiterung. Vor allem ist den Amerikanern an einem EU-Beitritt der osteuropäischen Länder gelegen, die in ihrer politischen Ausrichtung eher atlantisch als wirklich europäisch denken, und an die Türkei, die eine Schlüsselrolle für die Wahrnehmung amerikanischer Interessen im Nahen Osten spielt. Zudem sehen sie voraus, dass die Europäische Union sich selber zur Ohnmacht verdammt, je größer sie wird, ohne vorher die Mittel zu einer wahrhaftig gemeinsamen Politik geschaffen zu haben."

Chefredakteur *Dieter Stein* wünscht sich einen Stalingrad-Gedenktag: „In Frankreich, in Großbritannien, in Russland, in den USA treten die Helden der Weltkriege mit angelegten Orden an. Warum nicht in Deutschland?" fragt er. Weil es die Orden eines verbrecherischen Regimes sind, sollte man ihm antworten. Doch Stein geht noch weiter, er wünscht „ein würdiges, zentrales Denkmal für die gefallenen und vermissten Soldaten von Stalingrad in der Hauptstadt. Stellvertretend für die 4,5 Millionen gefallenen deutschen Soldaten." Eine neue Wallfahrtsstätte für Neonazis aller Coleur?

Rechte spielt keine Rolle bei den Landtagswahlen

Junge Freiheit Nr. 7/03 vom 7. Februar 2003

So sieht es zumindest die Berichterstattung in dieser Ausgabe. Das Blatt bewertet die Ergebnisse von Republikanern, Schill-Partei und anderen überhaupt nicht, sondern diskutiert, ob die Union ihre Wahlsiege aus eigener Kraft oder nur wegen Schwäche der Regierung erreicht habe.

Klaus Lippold, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag und Vorsitzender der hessischen Landesgruppe, gibt dem Blatt ein Interview, in dem er zumindest den Wahlsieg der Union in Hessen als Ergebnis der Politik von Roland Koch verkauft: „Zum Beispiel, dass wir den Eltern in Hessen wieder die Möglichkeit gegeben haben, ihre Kinder in einem Schulsystem lernen zu lassen, das keinen Unterrichtsausfall mehr kennt. Oder durch unsere Erfolge in puncto Innere Sicherheit. Versprochen, gehalten!"

Veranstaltungshinweise

Deutsche Stimme 2-2003

BERLIN. In der aktuellen Ausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme" (2/03) werden zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen bis Mitte Juni angekündigt:

Am 15. Februar will in Dresden ein „Bündnis für freie Jugendarbeit" gegen „die Kriminalisierung freier Jugendarbeit – Für Freiräume und Selbstbestimmung" (12 Uhr ab Postplatz, City) demonstrieren. Hintergrund dürfte die Kündigung des Vermieters des „nationalen Jugendklubs" THOR zum 31. Dezember wegen Zweckentfremdung sein (www.thormussweg.de). Am Abend des 15. Februar lädt die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) in Sachsen zu einer Saalveranstaltung „in Gedenken der ermordeten Deutschen" ein. Der ehemalige Bundesfunktionär der JLO, Stefan Rochow, wurde kürzlich zum Bundesvorsitzenden des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten" gewählt.

Der „Nation und Europa"-Autor Jürgen Schwab, zuletzt Leiter des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat", tritt mit seinem Vortrag zum Thema „Volksstaat statt Weltherrschaft" in Osnabrück (14.02.), Hannover (15.02.), Lübeck (16.02.), Bremerhaven (19.02.), Hamburg (20.02.), Lüneburg (21.02.) und in Holzminden (22.02.) auf.

Dr. phil. Olaf Rose, einst Autor in der neofaschistischen Zeitschrift „Opposition" und nun im Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Deutsche Geschichte", referiert am 21. Februar in „Gieschen's Hotel", Obernstr. 12 in Achim bei Bremen, über „Ernst von Salomon und die Konservative Revolution". Am 22. Februar findet im Saarland der Landesparteitag der NPD statt.

Einige Wochen später, vom 28.-30 .März, findet in Saarbrücken die „2. Europakonferenz" statt. Als Redner werden neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt der Vorsitzende der „British National Party" (BNP), Nick Griffin, angekündigt.

Für den 1. März wird eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Friedhelm Busse" in Bernau/Chiemsee (13 Uhr ab Bahnhof Bernau) angekündigt. Am 5. März führen der NPD-Kreisverband Riesa-Großenhain und der NPD-Landesverband Bayern jeweils einen „Politischen Aschermittwoch" durch. Der NPD-Landesverband Thüringen will am 5. April in Erfurt (13 Uhr ab Hbf) unter dem Motto „Schafft Arbeitsplätze und keine Militäreinsätze demonstrieren". Ebenfalls in Thüringen findet am 12. April der NPD-Landesparteitag statt. Der NPD-Jugendverband „Junge Nationaldemokraten" führt vom 18.-21. April ein „Osterschulungslager" durch.

Für den 1. Mai hat der NPD-Parteivorstand zu einer Großdemonstration nach Berlin aufgerufen. Unter dem Motto „Wir sind das Volk! Soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug! Globalisierung heißt: Verlust von Arbeit, Heimat, Identität – Wir sagen Nein!" wird für 11 Uhr zum Hammarskjöldplatz (Platz vor dem Messegelände am Funkturm) mobilisiert.

Für den 10. Mai ruft der NPD-Landesverband Thüringen nach Neuhaus am Rennsteig (14 Uhr) auf, wo ein „Gedächtnismarsch zum Todestag des nationalen Aktivisten Sandro Weilkes" stattfinden soll. Eine Demonstration unter dem Motto „Heimreise statt Einwanderung" kündigt die NPD für den 24. Mai in Hannover an. Ebenfalls eine Demonstration soll es am 14. Juni in Nürnberg geben, wo der NPD-Landesverband unter dem Motto „17. Juni 1953/2003 – Damals wie heute für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung" auf die Straße gehen will. *hma* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507